

Kinderwünsche in Deutschland

Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Charlotte Höhn, Andreas Ette, Kerstin Ruckdeschel

Bearbeitet von Friederike Grothe



Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur. Sie betreibt in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

| | |
|--|----|
| Inhaltsverzeichnis | 3 |
| Abbildungsverzeichnis | 4 |
| Tabellenverzeichnis | 4 |
| Abkürzungsverzeichnis | 5 |
| Vorwort | 6 |
| 1 Die neuen Aufgaben der Familienpolitik | 8 |
| 2 Familie oder Kinderlosigkeit – was die Deutschen sich wünschen | 14 |
| 3 Das Für und Wider von Kindern | 22 |
| 4 Welche Unterstützung die Menschen erwarten | 42 |
| 5 Das Wirkungspotential der Familienpolitik | 60 |
| 6 Konsequenzen für die Familienpolitik | 74 |
| Anhang | |
| Der Generations and Gender Survey | 80 |
| Literaturverzeichnis | 82 |
| Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen | |
| Tab. 1: Durchschnittlicher Kinderwunsch von Frauen | 16 |
| Tab. 2: »Mehr Zeitautonomie« an der Spitze möglicher familienpolitischer Maßnahmen | 44 |

| | |
|---|----|
| Abb. 1: Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in ausgewählten europäischen Ländern | 17 |
| Abb. 2: Geburtenniveau (Geburten je Frau) im Jahr 2004 in ausgewählten europäischen Ländern | 18 |
| Abb. 3: Anteil kinderloser Frauen in ausgewählten europäischen Ländern | 19 |
| Abb. 4: Anzahl der Geburten in Ost- und Westdeutschland von 1952 bis 2000 | 19 |
| Abb. 5: Lebensfreude steigt durch Kinder kaum | 24 |
| Abb. 6: Familiengründung kann Partnerschaft verbessern | 25 |
| Abb. 7: Familien genießen kein besonderes Ansehen | 26 |
| Abb. 8: Sicherheit im Alter durch Kinder kaum beeinflusst | 28 |
| Abb. 9: Kinder für ein Frauenleben nicht besonders wichtig | 29 |
| Abb. 10: ... und für ein Männerleben auch nicht | 30 |
| Abb. 11: Gründe gegen (weitere) Kinder | 32 |
| Abb. 12: Frauen erwarten schlechtere berufliche Chancen durch Kinder ... | 34 |
| Abb. 13: ... und Männer erwarten das für Frauen auch | 35 |
| Abb. 14: (Potentielle) Eltern fürchten finanzielle Verschlechterung | 36 |
| Abb. 15: Erwartung: Kinder schränken Freiraum ein | 37 |
| Abb. 16: Kinder sollten mit beiden Elternteilen aufwachsen | 39 |
| Abb. 17: Mehr Geld und verbesserte Zeitoptionen besonders wichtig: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln bei Männern und Frauen in den neuen und alten Bundesländern | 46 |
| Abb. 18: Große Familien brauchen eher Geld, kleine eher Infrastruktur: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln in Abhängigkeit von der Kinderzahl | 47 |
| Abb. 19: Höher Qualifizierte wünschen sich bessere Infrastruktur: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln in verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsgruppen | 49 |
| Abb. 20: Alleinerziehende Eltern brauchen umfassende Unterstützung: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln von Alleinerziehenden und gemeinsam erziehenden Eltern | 50 |
| Abb. 21: Beschäftigung mit der Kinderfrage konzentriert sich auf fünf Jahre | 52 |
| Abb. 22: Haushalt und Erwerbstätigkeit (fast) gleichwertig | 54 |
| Abb. 23: Ostdeutsche Frauen: Kinder leiden nicht, wenn Mütter arbeiten gehen | 55 |
| Abb. 24: Bedarf an Betreuungsangeboten in Ostdeutschland besonders hoch | 57 |
| Abb. 25: Veränderte Familienpolitik könnte Erfüllung des Kinderwunsches unterstützen | 64 |
| Abb. 26: Möglicher Ausbau der Familienpolitik besonders attraktiv für Ein-Kind-Familien | 66 |

| | |
|---|----|
| Abb. 27: Unterstützungspotential der Familienpolitik steigt mit Bildungsniveau | 67 |
| Abb. 28: Menschen in Ausbildung für Familienpolitik schlecht erreichbar | 68 |
| Abb. 29: In Deutschland hohe Akzeptanz familienpolitischer Leistungen im europäischen Vergleich (2002) | 70 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| A | Abbildung |
| BiB | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung |
| BMFSFJ | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend |
| FFS | Family and Fertility Survey, durchgeführt vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung |
| FS | Familiensurvey, durchgeführt vom Deutschen Jugendinstitut |
| GGG | Generations and Gender Survey, durchgeführt vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (siehe Erläuterung auf Seite 80) |
| IAB | Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit |
| ISSP | International Social Survey Programme |
| PPAS | Population Policy Acceptance Study, durchgeführt vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung |
| T | Tabelle |

Vorwort

Bei der Klage über die niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland bleibt meistens unerwähnt, ob sich die Menschen überhaupt Kinder wünschen. Dabei entscheiden sich in Deutschland mittlerweile fast jeder vierte Mann und jede siebte Frau grundsätzlich für ein Leben ohne Kinder. Diese gewollte Kinderlosigkeit ist eine deutsche Besonderheit, und auch die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl liegt mit 1,75 pro Frau im europäischen Vergleich sehr niedrig.

Was genau den Wunsch nach Kindern und die Verwirklichung von Kinderwünschen beeinflusst, hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung herausgearbeitet. Die Daten beruhen auf einer repräsentativen Studie, dem Generations and Gender Survey. Rund 10 000 Menschen, darunter etwa 5 500 Personen im Alter zwischen 20 und 49, wurden im Jahr 2005 in Deutschland zu ihrer Lebenssituation, zu ihren Vorstellungen von Familie und Ehe und dazu befragt, was (weitere) Kinder in ihrem Leben verändern würden und welche Erwartungen sie an die Familienpolitik haben. Eine derartig breite Untersuchungsbasis so zeitnah nutzen zu können, ist ein seltener Glücksfall.

Die Studie zeigt, daß es immer noch die Frauen sind, die die stärksten Einschränkungen durch Kinder erfahren. Das gilt nicht nur für ihren persönlichen Freiraum, sondern im Hinblick auf ihre finanzielle Unabhängigkeit und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. So besteht für rund zwei Drittel der Befragten kein Zweifel daran, daß sich mit einem (weiteren) Kind die Beschäftigungschancen der Frau verschlechtern würden. Umgekehrt glaubt kaum einer, daß ein (weiteres) Kind die Beschäftigungschancen des Mannes verändern würde. Das Festhalten an einem Familienmodell, das den erwerbstätigen Vater und die nichterwerbstätige Mutter vorsieht, zeigt sich auch an den fehlenden Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersgruppen. Viele Menschen ziehen daraus den Schluß, daß ihre persönlichen Lebensentwürfe mit Kindern nicht zu verwirklichen sind. Schließlich wünschen sich fast alle Untersuchungsteilnehmer unabhängig von ihrer Kinderzahl ein weniger starres Arbeitszeitkorsett. Das geringe Ansehen, das Familien nach Ansicht der Befragten haben, tut ein übriges, um viele Kinderwünsche gar nicht erst entstehen zu lassen oder die Gründung von Mehr-Kinder-Familien zu erschweren.

Die Konsequenzen für die Familienpolitik sind eindeutig: Nötig ist mehr Gleichberechtigung, eine stärkere Unterstützung für unterschiedliche Lebensentwürfe und eine Flexibilisierung des Zeitmanagements für Familien. Dabei wird ebenfalls deutlich, daß es keine einzelne Leistung gibt, die allen (potentiellen) Eltern hilft; vielmehr brauchen unterschiedliche Zielgruppen eine spezifische Mischung aus finanzieller Unterstützung, besseren Betreuungsmöglichkeiten und flexiblerer Zeiteinteilung.

Entsprechende Initiativen kann die Familienpolitik anstoßen und wirksam unterstützen. Sie wird dabei von einer großen Zustimmung in der Bevölkerung getragen. Dennoch wird sie diese Aufgaben nicht allein lösen können. Es bedarf einer engen Verknüpfung der Familienpolitik mit Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. In gemeinsamer Anstrengung sollten diese Politikbereiche langfristige Strategien entwickeln und so sicherstellen, daß sie auch über die wechselnden Aufmerksamkeiten des politischen Alltags hinaus tragfähig bleiben und nach und nach umgesetzt werden können. Wenn das gelingt, werden Kinder und Familien wieder in der gesamten Gesellschaft sichtbar sein. Eine gewachsene Familienfreundlichkeit wird die Verwirklichung von Kinderwünschen erleichtern.

Die Robert Bosch Stiftung will mit ihrem Schwerpunkt »Familie und demographischer Wandel« einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten. Die vorliegende Studie steht in einer Reihe von Analysen, beginnend mit der großangelegten Bestandsaufnahme, wie sie die eigens eingerichtete Expertenkommission unter Leitung von Professor Biedenkopf im Dezember 2005 vorgelegt hat, bis hin zu detaillierten Untersuchungen von Einzelthemen. Es ist das Verdienst dieser Studie, daß wir jetzt besser einschätzen können, unter welchen Bedingungen die Menschen mit Kindern zusammenleben wollen und welche Unterstützung sie sich dafür wünschen.

Dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung unter Leitung von Professor Charlotte Höhn gilt unser Dank für die ausgezeichnete Kooperation ebenso wie für die Schnelligkeit und Expertise, mit der Kerstin Ruckdeschel und Andreas Ette die komplexen Fragestellungen differenziert ausgewertet haben. Friederike Grothe danken wir für die ausgesprochen fachkundige und zugleich leserorientierte Bearbeitung der Texte.

Dr. Ingrid Hamm

Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung

Die neuen Aufgaben der Familienpolitik

In der deutschen Familienpolitik hat sich in den vergangenen Jahren ein grundsätzlicher Wandel vollzogen. Lange Zeit hatte man ihre wesentliche Aufgabe darin gesehen, Einkommensgerechtigkeit zwischen Familien und kinderlosen Menschen herzustellen. Heute geht es darum, die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß Familien bestmöglich gefördert und unterstützt werden.

Tatsächlich haben sich die Grundlagen für Familienpolitik erheblich verändert: Seit Anfang der 1970er Jahre pendelte sich die zusammengefaßte Geburtenziffer¹ auf 1,4 bis 1,5 Geburten je Frau ein; nach der Wiedervereinigung wurden in den neuen Bundesländern – historisch beispiellos – nur durchschnittlich 0,8 Kinder je Frau geboren, und auch der spätere Anstieg der Geburtenziffer auf 1,2 blieb eher verhalten. Das Geburtenniveau liegt also schon lange unterhalb der 2,1 Kinder je Frau, die nötig wären, um die Bevölkerungszahl in Deutschland konstant zu halten. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung: Heute liegt sie bei 82 Jahren für Frauen und 76 Jahren für Männer, bis zum Jahr 2050 wird sie sich vermutlich um weitere sechs Jahre erhöhen. Dann werden aktuellen Prognosen zufolge nur noch 75,1 Millionen Menschen in Deutschland leben, verglichen mit 82,5 Millionen im Jahr 2003 (Statistisches Bundesamt 2003).²

Diesen Entwicklungen will die aktuelle Familienpolitik wirksam begegnen. Der Geburtenrückgang stellt dabei eine große Herausforderung dar. Zunächst wurde er dadurch verursacht, daß immer weniger dritte und weitere Kinder geboren wurden. Ein Grund dafür liegt u.a. darin, daß Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes heute älter sind als früher, was tendenziell mit einer Beschränkung auf wenige Kinder einhergeht. Seit kurzem erreicht der Geburtenrückgang eine zusätzliche Dimension: Immer mehr Menschen wollen kinderlos bleiben.

Mit einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Personen und einem gemäßigten Anstieg der Lebenserwartung würde ein Geburtenniveau von 1,7 ausreichen, um bei einer dann relativ ausgeglichenen Altersstruktur die Bevölkerungszahl in Deutschland konstant zu halten, rechnet ein aktuelles Gutachten des Bundesfamilienministeriums vor (Bomsdorf 2005). Offen bleibt, welche familienpolitischen Impulse

¹ Das Geburtenniveau/die Fertilität wird mittels der zusammengefaßten Geburtenziffer gemessen. Sie ist ein Periodenmaß und stellt einen standardisierten Wert für die Geburtenhäufigkeit eines einzelnen Jahres dar. Häufig wird jedoch von der zusammengefaßten Geburtenziffer (englisch »total fertility rate«, TFR) gesprochen, als sei sie ein Prognosemaß; wenn z.B. behauptet wird, daß Frauen nur noch durchschnittlich 1,4 Kinder bekämen und deshalb die Bevölkerungszahl langfristig zurückgehen werde. Dies ist eine unangemessene Vereinfachung, denn die zusammengefaßte Geburtenziffer gibt als theoretische Maßzahl lediglich an, wie viele Kinder zukünftig geboren würden, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern der 15- bis 49jährigen Frauen sich über ihr gesamtes gebärfähiges Alter nicht ändern, sondern so bleiben würden wie in einem bestimmten Jahr.

² 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, mittlere Schätz-Variante.

am besten geeignet sind, um Deutschland wieder zu einem Land zu machen, in dem Kinder überall willkommen sind.

Als ein Beispiel für die Schwierigkeiten, mit denen viele Familien täglich zu kämpfen haben, sei das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten herausgegriffen. Eine Mehrheit der Frauen – besonders der jungen – will nicht ausschließlich Mutter und Hausfrau sein, sondern auch mit Kind(ern) erwerbstätig bleiben. In Deutschland ist das wesentlich schwerer als in fast allen Nachbarländern, denn häufig drängen Halbtags-Kindergärten und Halbtagschulen Frauen in ihre traditionelle Rolle zurück. In Westdeutschland gibt es darüber hinaus fast keine Kinderkrippen und Horte, und auch im Osten ist die zu DDR-Zeiten für Kinder aller Altersgruppen übliche Ganztagsbetreuung seltener geworden. In dieser Situation liegt wenig Ermunterndes für potenzielle Familiengründer; das Beispiel verdeutlicht aber, warum die Familienpolitik heute mit einer erweiterten Perspektive handeln muß.

So hat die von der Robert Bosch Stiftung initiierte Kommission »Familie und demographischer Wandel« eindringlich darauf hingewiesen, daß es bei familienpolitischen Überlegungen nicht nur darum gehen kann, Kinder als Mittel zum gesellschaftlichen Zweck, etwa der Sicherung der Renten, zu sehen, denn »die eigentliche Rechtfertigung unserer Familienpolitik leitet sich nicht aus demographischen Notwendigkeiten ab, sondern aus Grundsätzen der Gerechtigkeit und aus dem Verfassungsauftrag des Art. 6 GG, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt.« (Robert Bosch Stiftung 2005, S. 10). Wer also Familien schützen, stützen und fördern will, muß die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entsprechend gestalten, und zwar in einer Weise, die unterschiedliche Familienkonstellationen und Lebensentwürfe berücksichtigt.

Die vorliegende Broschüre will Ansatzpunkte für eine bevölkerungsbewußte und familienfreundliche Politik erarbeiten. Sie basiert auf dem Generations and Gender Survey (GGs), einer Bevölkerungsumfrage von rund 10 000 Personen, darunter rund 5 500 Frauen und Männer zwischen 20 und 49 Jahren, die im Frühjahr 2005 in Deutschland durchgeführt wurde.³

In den vergangenen Jahren war die Familienpolitik häufig das Thema von Meinungsumfragen (z.B. IfD 2004; IfD 2005; forsa 2005). Der Vorteil dieser Studien liegt unter anderem darin, daß sie relativ kurzfristig einen Eindruck von Stimmungen und Einstellungen der interviewten Gruppen bieten können und damit Impulse für die politische Diskussion liefern. Wissenschaftliche Umfragen, wie zum Beispiel der GGS oder auch die Population Policy Acceptance Study, die beide vom Bundesinstitut für

³ Erläuterungen zum GGS siehe Anhang

Bevölkerungsforschung durchgeführt wurden, bieten darüber hinaus den Vorteil, daß sie auf einer sehr viel größeren Zahl von Befragten basieren und dank eines ausführlicheren Fragebogens die Lebensumstände der Interviewten differenziert und auch für kleine Gruppen noch repräsentativ abbilden können. Diese Vorteile kommen in vollem Umfang auch der vorliegenden Studie zugute.

Zunächst fragt die Broschüre in Kapitel 2 danach, wie viele Kinder sich die Deutschen überhaupt wünschen. Das Ergebnis entspricht zwar in etwa der oben genannten Zahl von 1,7; im Vergleich mit europäischen Nachbarstaaten ist es dennoch erstaunlich niedrig. Um die Möglichkeiten einer Verwirklichung dieser Kinderwünsche auszuloten, werden in Kapitel 3 die Gründe *für* und *gegen* eine Familiengründung bzw. -erweiterung vorgestellt. Dabei wird deutlich, daß Kindern in der Lebensplanung vieler Menschen kein besonders hoher Stellenwert mehr beigemessen wird, und daß es auch heute noch in erster Linie die Frauen sind, die durch Kinder Einschränkungen ihrer beruflichen, finanziellen und persönlichen Spielräume erwarten.

Kapitel 4 vergleicht politische Maßnahmen in ihrer subjektiven Bedeutung für die Entscheidung über (weitere) Kinder, differenziert nach Familienform, Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau. Dabei wirken nicht vereinzelte Maßnahmen geburtenfördernd; vielmehr braucht es ein Netzwerk an Unterstützungsleistungen, die sich flexibel auf verschiedene Zielgruppen einstellen lassen.

Ob die Familienpolitik überhaupt auf das Geburtenniveau einwirken kann, diskutiert Kapitel 5. Ermutigend sind die große Bereitschaft der Befragten, sich – unterstützt durch jeweils passende familienpolitische Maßnahmen – für Kinder zu entscheiden, und eine im internationalen Vergleich hohe Akzeptanz von Familienpolitik in Deutschland. In der Konsequenz ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß weitergehende Reformen der deutschen Familienpolitik von der Bevölkerung mitgetragen werden.

Kapitel 6 formuliert Schlußfolgerungen und Empfehlungen: Demnach muß eine nachhaltige Familienpolitik das Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ernster nehmen und bei allen Maßnahmen besonders auf die Unterstützung der Frauen achten. Darüber hinaus muß Familienpolitik offen für die Lebensentwürfe unterschiedlicher Zielgruppen und nicht von vornherein z.B. auf eine bestimmte partnerschaftliche Konstellation oder ein bestimmtes Erwerbsmodell festgelegt sein. Dem größten Wunsch der Befragten entsprechend sollte sich die Familienpolitik des Weiteren für flexible, elternfreundliche Arbeitszeiten einsetzen. Schließlich gilt es, die Lebensphase etwa zwischen Mitte zwanzig und Anfang dreißig zu entzerren, die jungen Erwachsenen abverlangt, wichtige Lebensaufgaben wie Abschluß der Ausbildung, Einstieg ins Berufsleben und Familiengründung gleichzeitig zu bewältigen.

Abschließend wird diskutiert, wie die Wertigkeit von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft erhöht werden kann. Nur wenn Kinder wieder in jeder Hinsicht »dazu gehören« und sie nicht mehr so stark mit der Verwirklichung anderer Interessen konkurrieren müssen, werden sich wieder mehr Menschen für das Leben in einer Familie entscheiden.

2

Familie oder Kinderlosigkeit –
was die Deutschen sich wünschen

Experten halten eine zusammengefaßte Geburtenziffer von 1,7 Geburten je Frau in Deutschland für wünschenswert (Bomsdorf 2005), um die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften unserer Gesellschaft an die nächsten Generationen weitergeben zu können. Auch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung teilt diese Ansicht. Spürbare Änderungen des Geburtenniveaus von aktuell 1,37 sind allerdings erst zu erwarten, wenn die Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern günstiger werden.

Wie realistisch dieses Ziel überhaupt ist, läßt sich abschätzen, wenn man Menschen nach ihrem Kinderwunsch fragt.⁴ Er sagt etwas darüber aus, wie hoch das Geburtenniveau wäre, wenn alle Kinderwünsche erfüllt würden; es geht also um mögliche Geburten. Oft genug fehlt aber der richtige Partner, oder eine instabile Gesundheit läßt Schwangerschaft und Geburt nicht zu. Und schließlich kommen Kinder auch ungeplant zur Welt. Aus den Angaben zum Kinderwunsch läßt sich also nicht unbedingt auf das tatsächliche Verhalten schließen, aber sie zeigen, inwieweit jemand zum jeweiligen Zeitpunkt Kindern einen Platz in seinem Leben einräumen möchte. Darüber hinaus versuchen Menschen mit Kinderwunsch in aller Regel, diesen Wunsch zu erfüllen, auch wenn sie dann häufig weniger Kinder bekommen als erhofft (Ruckdeschel 2004, S. 365).

Eine Mehrheit wünscht sich Kinder – aber nicht mehr so viele wie noch vor einigen Jahren

»Haben Sie vor, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen?« – so wurde in der vorliegenden Studie nach dem Kinderwunsch gefragt. Diese Formulierung berücksichtigt die aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven der Befragten. Ändern sich die individuellen Lebensumstände, kann sich folglich auch der Kinderwunsch ändern (ebd.). Wie ein Vergleich verschiedener, repräsentativer Umfragedaten zeigt, ist der durchschnittliche Kinderwunsch von Frauen in Deutschland zwischen 1988 und 1992 auf unter zwei Kinder gesunken.⁵ Seitdem liegt er relativ stabil bei 1,75 (siehe Tabelle 1). Unterscheidet man die Frauen nach Schulabschluß, dann liegt der Kinderwunsch von Frauen mit niedrigerer Bildung mit 1,82 etwas höher als derjenige von Frauen mit mittlerer (1,74) und höherer Bildung (1,71).⁶ Weiter wünschen sich jüngere Frauen zwischen 20 und 29 Jahren mit 1,72 etwas weniger Kinder als die 30- bis 39jährigen mit 1,77.

⁴ Der Kinderwunsch setzt sich aus der Anzahl der schon geborenen Kinder und der zusätzlich gewünschten zusammen; für die Berechnung werden diejenigen Befragten ausgeschlossen, die sich über einen Kinderwunsch nicht sicher sind.

⁵ Wenn nicht anders angegeben, werden in diesem Abschnitt nur Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren berücksichtigt, um die verschiedenen Studien vergleichen zu können.

⁶ Bildungsgrad: niedrig = kein Abschluß; Hauptschulabschluß, mittel = Realschulabschluß, hoch = (Fach-)Abitur

T 1 | Durchschnittlicher Kinderwunsch von Frauen

Basis: Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren

| | 1988 ¹⁾ | 1992 | 2003 | 2005 |
|--|--------------------|------|------|------|
| Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl | 2,15 | 1,75 | 1,74 | 1,75 |
| Quelle | FS | FFS | PPAS | GGG |

1) nur Westdeutschland

FS = Familiensurvey, Deutsches Jugendinstitut; FFS = Family and Fertility Survey, BiB;
PPAS = Population Policy Acceptance Study, BiB; GGS = Generations and Gender Survey, BiB.

Dabei weichen individuelle Vorstellungen und gesellschaftliches Leitbild deutlich voneinander ab: Schon lange gilt nämlich in Deutschland die Zwei-Kind-Familie als Idealmodell, wenn ganz allgemein nach der unter günstigsten Bedingungen wünschenswerten Kinderzahl gefragt wird (vgl. z.B. Dorbritz et al. 2005, S. 36). Von diesem Ideal haben sich die persönlichen Kinderwünsche allerdings seit fast fünfzehn Jahren weit entfernt.

In Europa will niemand so wenig Kinder wie die Deutschen

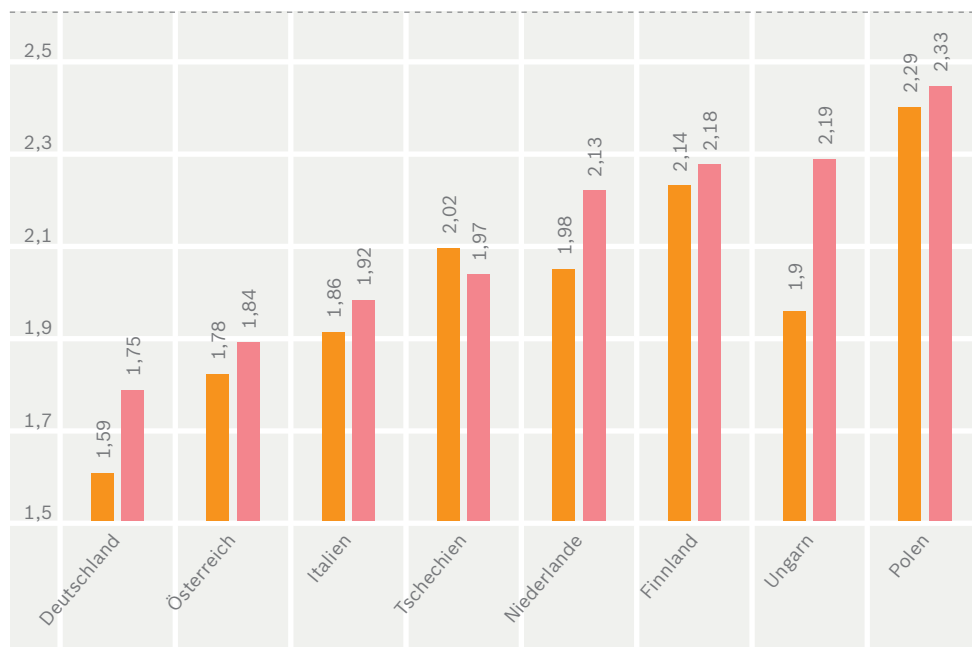
Im europäischen Vergleich wird deutlich, wie außerordentlich niedrig der Kinderwunsch hierzulande ist: Unter den 14 europäischen Ländern, die sich 2003 an der repräsentativen Bevölkerungsumfrage PPAS beteiligten, bildeten die Frauen mit 1,75 und die Männer mit nur noch 1,59 gewünschten Kindern jeweils die Schlußlichter (Abbildung 1). Dabei sehen auch in Europa die meisten Menschen die Zwei-Kind-Familie als ideal an (BiB & Robert Bosch Stiftung 2005, S. 10).

Seit etlichen Jahren negativer Geburtenantrend in Deutschland

In Europa kamen in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger Kinder zur Welt. So lag die Geburtenziffer in den 15 Staaten, die im Jahr 2000 Mitglied der Europäischen Union waren⁷, im Jahr 1960 bei 2,59, im Jahr 1980 bei 1,82 und im Jahr 2000 bei 1,5 Kindern je Frau. Deutschland lag in jedem Jahr deutlich unter diesem Durchschnitt. Abbildung 2 zeigt zwar, daß z.B. in Spanien und Italien noch weniger Kinder geboren werden als hierzulande, doch gleichzeitig wird der große Abstand zu den geburtenstärkeren Ländern wie den Niederlanden, Frankreich oder Finnland deutlich.

A 1 | Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in ausgewählten europäischen Ländern

Basis: 20- bis 49jährige Männer und Frauen



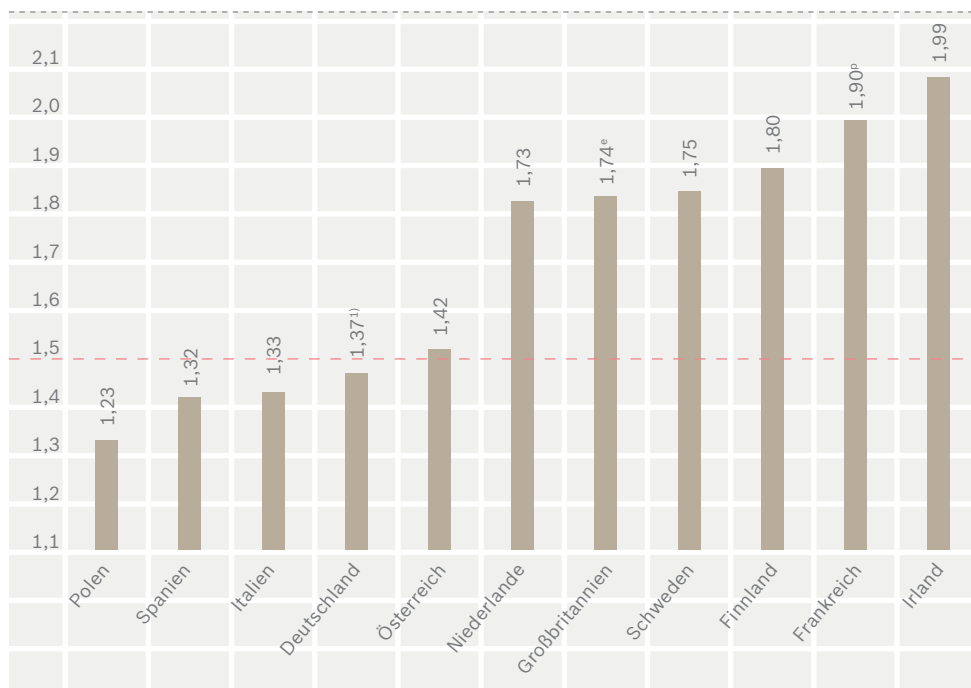
■ Männer ■ Frauen

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; PPAS 2003

⁷ EU15 = Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien

EU25 = EU15 plus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

A 2 | Geburtenniveau (Geburten je Frau) im Jahr 2004 in ausgewählten europäischen Ländern



— — — durchschnittliche Geburtenzahl in der Europäischen Union (EU 25; vgl.Fußnote 7): 1,5^e

e: Schätzung Eurostat; p: vorläufige Angaben;

1) nationale Schätzungen

Quelle: Eurostat

In Deutschland leben mehr kinderlose Frauen als in anderen europäischen Ländern

Darüber hinaus ist die Kinderlosigkeit in Deutschland besonders ausgeprägt.

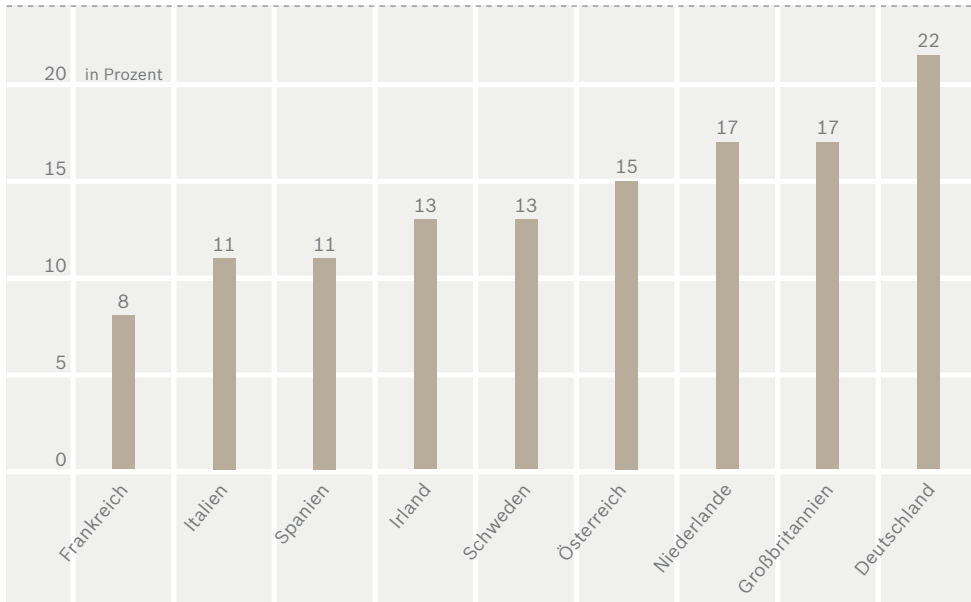
Vergleicht man die Frauen des Jahrgangs 1955 aus verschiedenen europäischen Ländern miteinander, liegt Deutschland auch hier auf dem letzten Platz: Jede fünfte Frau bei uns ist kinderlos (Abbildung 3).

Nach dramatischem Rückgang im Osten gleicht sich die Geburtenziffer dem Westniveau langsam an

Von etwa Mitte der siebziger Jahre bis zur Wiedervereinigung wurden in der DDR sehr viel mehr Kinder geboren als in der damaligen Bundesrepublik. Danach ging das Geburtenniveau in den neuen Bundesländern in bisher nicht gekanntem Ausmaß zurück. Mittlerweile haben sich Ost und West wieder etwas angeglichen, allerdings auf einem insgesamt niedrigen Niveau (Abbildung 4).

A 3 | Anteil kinderloser Frauen in ausgewählten europäischen Ländern

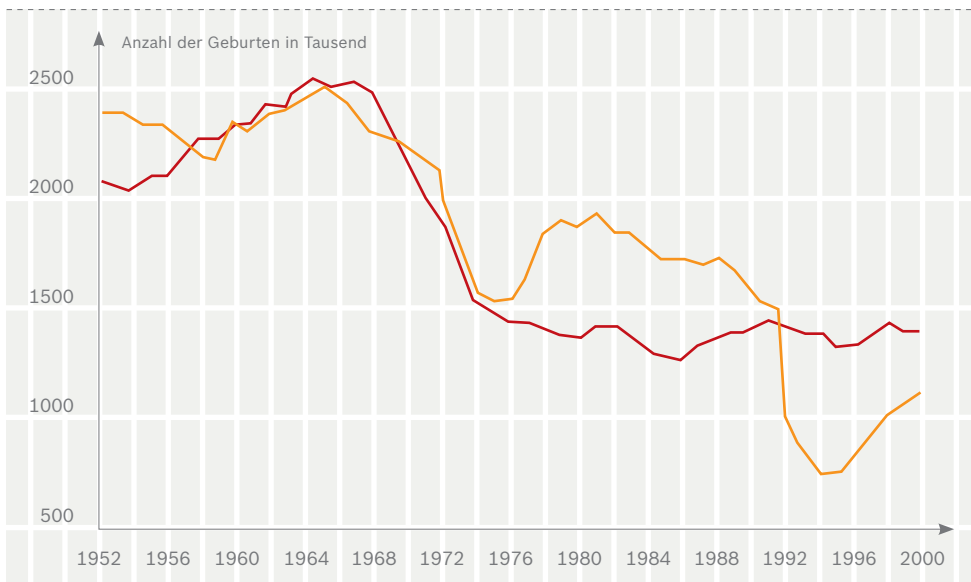
Basis: Geburtsjahrgang 1955



Quelle: Dorbritz 2005, Datenbasis: Eurostat

A 4 | Anzahl der Geburten in Ost- und Westdeutschland von 1952 bis 2000

Basis: 15- bis 45jährige Frauen



— Westdeutschland — Ostdeutschland

Quelle: Eurostat (seit 2000 werden alle statistischen Angaben nur noch für Gesamtdeutschland ausgewiesen)

Männer: Ein Viertel will keine Kinder

Neben dem Kinderwunsch steht in wachsendem Maße der Wunsch nach Kinderlosigkeit. Besonders die Männer stellen sich immer häufiger auf ein Leben ohne eigene Kinder ein: Insgesamt 23 Prozent sagten 2003 in einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, daß sie sich keine Kinder wünschen, in Westdeutschland waren es sogar 27 Prozent gegenüber 21 Prozent im Osten. Dagegen wünschten sich 15 Prozent aller Frauen keine Kinder. Hier war der Ost-West-Unterschied noch sehr viel ausgeprägter: 17 Prozent der westdeutschen Frauen wollten keine Kinder, aber nur sechs Prozent der ostdeutschen (BiB & Robert Bosch Stiftung 2005, S. 10; Dorbritz et al. 2005, S. 36). Da eine Entscheidung gegen Kinder meistens nicht mehr verändert wird (Ruckdeschel 2004, S. 365), müssen diese Zahlen beunruhigen.

Die meisten Frauen verwirklichen Kinderwünsche bis zum 40. Lebensjahr – oder gar nicht

Dazu kommt, daß Kinderwünsche von Frauen bekanntlich nicht beliebig lang auf ihre Erfüllung warten können: So sagen in der vorliegenden Befragung von den bisher kinderlosen Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ein Drittel (33 Prozent), daß sie auch weiterhin kinderlos bleiben wollen. Bei den 30- bis 39jährigen erhöht sich dieser Anteil schon auf 64 Prozent, und in der Altersgruppe der 40- bis 49jährigen wollen 96 Prozent der Frauen, die bis zu diesem Zeitpunkt kinderlos geblieben sind, endgültig kein Kind mehr. Diese Zunahme erklärt sich aus dem Altersanstieg der Frauen, der auf Dauer zu einem Lebensstil führt, zu dem Kinder nicht mehr passen. Dorbritz und Schwarz (1996) unterscheiden dabei zwei Milieus der Kinderlosigkeit: Im »Milieu der konkurrierenden Optionen«, das in unteren Einkommenschichten angesiedelt ist, würden Kinder den Konsumstandard zu sehr einschränken (ebd., S. 243). Im »Karriere-Milieu« stehen Kinder einer ausgeprägten Berufsorientierung von höher gebildeten Frauen gegenüber, die zusammen mit ungenügenden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer bewußten Entscheidung gegen Kinder führen (ebd., S. 246). Zudem sprechen mit steigendem Alter auch gesundheitliche Gründe gegen eine Geburt.

Das trifft besonders die Frauen in Westdeutschland mit höherer formaler Bildung: Im Jahr 2004 waren 33 Prozent der 37- bis 40jährigen Frauen mit Hochschulreife kinderlos und 43 Prozent der Akademikerinnen. Bei den Frauen mit Mittlerer Reife oder Hauptschulabschluß waren es in dieser Altersgruppe 28 bzw. 25 Prozent. Insgesamt waren 30 Prozent der 37- bis 40jährigen Frauen in Westdeutschland und 22 Prozent der ostdeutschen Frauen dieses Alters 2004 kinderlos (Duschek & Wirth 2005, S. 812). Der niedrige Anteil kinderloser Frauen in den neuen Bundesländern ist darauf zurückzuführen, daß Mütter in der ehemaligen DDR deutlich jünger waren und daß das Geburtenniveau insgesamt höher lag als in der früheren Bundesrepublik.

Weniger Kinderwünsche – weniger Spielraum für Familienpolitik?

Niedriger Kinderwunsch und häufiger gewünschte Kinderlosigkeit haben ein Ausmaß erreicht, das einen deutlichen Anstieg des Geburtenniveaus erschwert (Bongaarts 2001, S. 277). Die Familienpolitik hat wenig Spielraum, wenn sich immer mehr Menschen Kinder nicht einmal wünschen. Allerdings kann sie einige wichtige Rahmenbedingungen so verändern, daß Menschen, die Kinder haben wollen, sich diesen Wunsch leichter und schneller erfüllen können.

Zusammenfassung

- :: Die Frauen in Deutschland wünschen sich im Durchschnitt nur noch 1,75 Kinder.
- :: Im europäischen Vergleich sind die Deutschen besonders kinderfern:
 Der Kinderwunsch ist so gering wie in keinem anderen Land. Insbesondere Männer erreichen mit 1,59 gewünschten Kindern ein einmalig niedriges Niveau.
 - :: Die Geburtenziffer bewegt sich seit Jahrzehnten unter dem europäischen Durchschnitt. 2004 lag sie bei 1,37 Kindern je Frau.
 - :: Bei uns leben mehr kinderlose Frauen als in anderen europäischen Ländern.
- :: Nach der Wiedervereinigung gab es einen dramatischen Geburtenrückgang in Ostdeutschland. Mittlerweile gleicht sich die Geburtenziffer dem Westniveau an.
- :: Jeder vierte Mann und jede siebte Frau in Deutschland wollen kinderlos bleiben.
 In den alten Bundesländern ist der Wunsch nach Kinderlosigkeit sehr viel stärker ausgeprägt als in den neuen. Im Osten wünschen sich nur jeder fünfte Mann und jede siebzehnte Frau keine Kinder.

Das Für und Wider von Kindern

Wer den Spielraum für die Familienpolitik ausschöpfen will, muß die Gründe für niedrige Geburtenziffer und geringen Kinderwunsch kennen. Welche positiven Erwartungen die Menschen mit eigenen Kindern verbinden und welche negativen Folgen sie andererseits bei der Geburt von (weiteren) Kindern befürchten, stellt dieses Kapitel vor.

Um den Wert von Kindern in unserer Gesellschaft zu erfassen, folgen wir der Value-of-Children Theorie, wie sie in den 1970er Jahren von Hoffman und Hoffman (1973) entwickelt wurde.⁸ Danach lassen sich unterschiedliche Dimensionen des »Nutzens« von Kindern für die Eltern unterscheiden. Dazu zählen insbesondere ökonomische und psychologische Aspekte. Im Generations and Gender Survey (GGS) wurde deshalb nach den Auswirkungen der Geburt eines Kindes auf das eigene Leben gefragt. Dabei ging es um verschiedene Lebensbereiche, wie zum Beispiel die allgemeine Zufriedenheit, die finanzielle Situation oder die Partnerbeziehung.

Nur eine Minderheit meint: Kinder steigern Lebensfreude

Kinder bedeuten Liebe, Glück und Zufriedenheit, für einige Menschen auch den endgültigen Übergang in den Erwachsenenstatus. Der »Nutzen« von Kindern in unserer heutigen Gesellschaft ist also überwiegend emotionaler Natur. Diese in früheren Umfragen wiederholt bestätigten allgemeinen Einstellungen gegenüber Kindern scheinen mittlerweile für immer weniger Menschen persönliche Geltung zu besitzen. Von den hier befragten Männern und Frauen geht nur etwa ein Viertel davon aus, daß ein erstes bzw. weiteres Kind ihre Lebensfreude und -zufriedenheit verbessern würde. Fast zwei Drittel erwarten dagegen keine wesentlichen Veränderungen.

Fragt man nur Kinderlose, zeigt sich ein etwas positiveres Bild. Immerhin 44 Prozent von ihnen rechnen mit höherer Lebensfreude und -zufriedenheit. Aber auch in dieser Gruppe bleibt mit 46 Prozent die Mehrheit indifferent (Abbildung 5).⁹ Eltern mit einem Kind verbinden mit der Geburt eines weiteren Kindes schon zu 65 Prozent keine Veränderung ihrer Lebensfreude und zufriedenheit mehr, und im Vergleich zu den Kinderlosen erwarten wesentlich weniger eine Verbesserung (23 Prozent). Diese Ergebnisse entsprechen in gewisser Weise den Aussagen der Value-of-Children Theorie: Demnach stiften Kinder in unserer Gesellschaft durch emotionale Bindungen vor allem einen psychologischen Nutzen, der bereits durch relativ wenige Kinder erreicht werden kann. Die Lebensfreude erhöht sich bei einem dritten oder vierten Kind nicht mehr wesentlich, und einige Eltern befürchten sogar, sich bei »zu vielen« Kindern nicht mehr voll auf das einzelne Kind konzentrieren zu können (Nauck

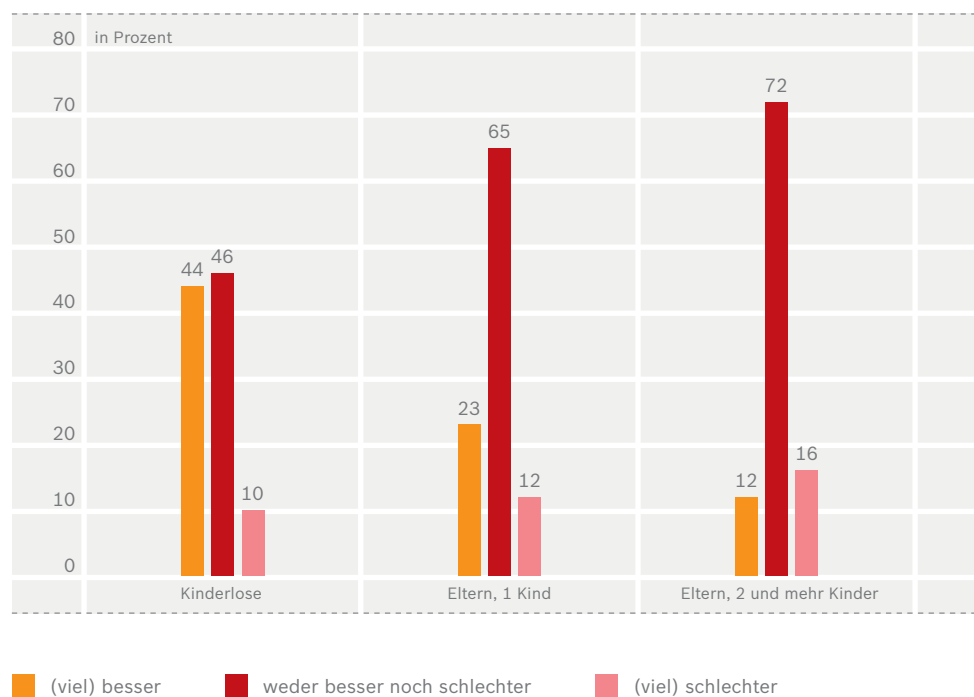
⁸ Der Value-of-Children Ansatz ist eine Richtung der Wert-Erwartungstheorie, in der die Nutzenerwartungen von Eltern an ihre Kinder klassifiziert und u.a. die Konsequenzen für das Geburtenverhalten untersucht werden (vgl. z.B. Nauck 1989).

⁹ Wenn nicht anders angegeben, sind in den folgenden Abbildungen die »weiß nicht«-Antworten nicht berücksichtigt.

1989, S. 54). Entsprechend überwiegt auch im GGS schon bei Befragten mit zwei Kindern die Erwartung, daß sich die Lebenszufriedenheit bei einer weiteren Geburt, wenn sie sich denn überhaupt veränderte, eher verschlechtern würde. Einen nennenswerten Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt es hier nicht. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von Eltern, die keinerlei Veränderungen erwarten.

A 5 | Lebensfreude steigt durch Kinder kaum

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für ihre Lebensfreude und -zufriedenheit?« – Lebensfreude und -zufriedenheit wären ...
Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Kinder können Partnerschaft verbessern

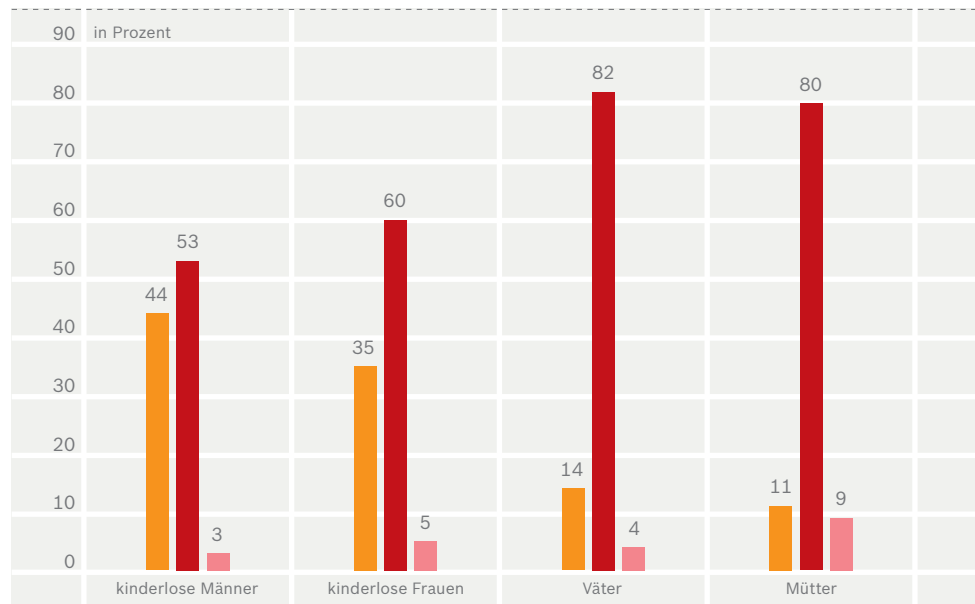
Obwohl die Geburt von Kindern die Beziehung eines Paares nachhaltig verändert und neue Verantwortung und Abhängigkeiten schafft, geht jeweils die Mehrheit der befragten Frauen und Männer davon aus, daß sich an der Beziehung zum Partner bzw. zur Partnerin mit einer (weiteren) Geburt nichts ändern würde (Abbildung 6). Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen Kinderlosen und Eltern. Es sind die Kinderlosen, und hier vor allem die Männer, die zu einem vergleichsweise hohen Anteil durchaus eine Verbesserung ihrer Beziehungsqualität erwarten. Kinder können eine Partnerschaft bestärken und ihr durch die langfristige gemeinsame Verpflichtung, die eine Familiengründung mit sich bringt, zu einer neuen Qualität verhelfen.

A 6 | Familiengründung kann Partnerschaft verbessern

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für die Enge der Beziehung zwischen Ihnen und Ihrem/Ihrer Partner/in?«

– Die Partnerschaft wäre ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



■ (viel) besser
 ■ weder besser noch schlechter
 ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Kein höheres Prestige mit Kindern

In vielen Gesellschaften ist man erst dann ein vollständiges Mitglied, wenn man eine eigene Familie gegründet und Verantwortung für Kinder übernommen hat. In geringem Maße läßt sich dieser Zusammenhang auch in Deutschland finden: Eine kleine Gruppe von Befragten glaubt nämlich, daß die Geburt eines (weiteren) Kindes die Meinung »der Leute« über sie selbst verbessern würde (Abbildung 7). Der Großteil der Kinderlosen wie der Eltern ist aber der Meinung, daß eine Geburt an der Anerkennung von Freunden und Nachbarn nichts ändern würde. Immerhin geht aber mit 18 Prozent bei den kinderlosen Männern und 13 Prozent bei den kinderlosen Frauen ein nennenswerter Anteil von einer Verbesserung des eigenen Ansehens aus.

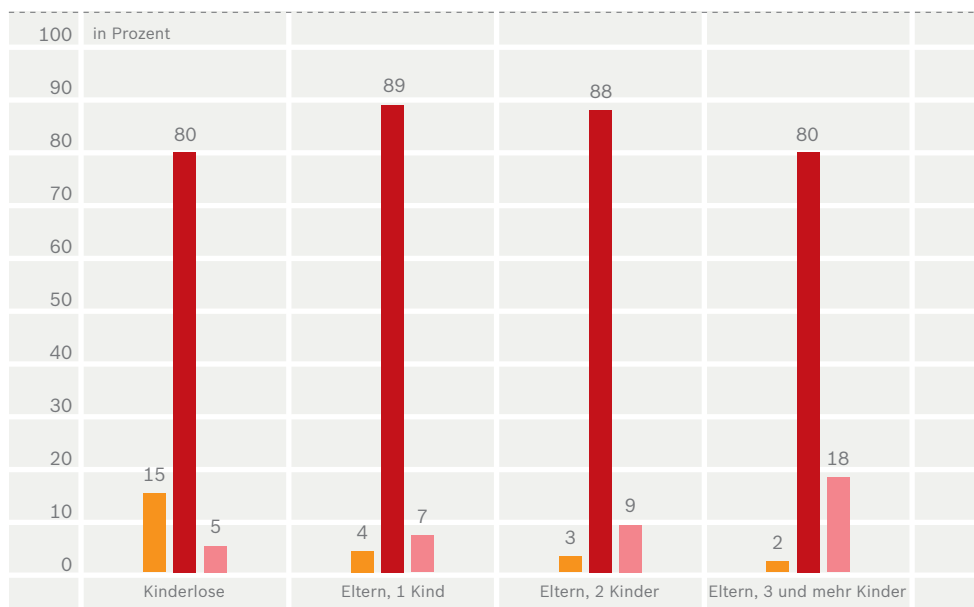
Etliche Eltern mit mehreren Kindern befürchten soziale Ablehnung

Im Gegensatz dazu glaubt ein Fünftel der Eltern mit drei oder mehr Kindern, daß sich mit einer weiteren Geburt die Meinung ihres Umfeldes verschlechtern würde. Für soziale Anerkennung scheint es in den Augen der Befragten also nicht nur ein »Zuwenig« an Kindern zu geben, sondern auch ein »Zuviel«. Das bekommen offenbar besonders diejenigen zu spüren, die tatsächlich mehrfache Eltern sind.

A 7 | Familien genießen kein besonderes Ansehen

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für das, was die Leute von Ihnen denken?« – Die Meinung der Leute wäre ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



■ (viel) besser
 ■ weder besser noch schlechter
 ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Sicherheit im Alter: Kein Grund für Kinder

Die »Kinderfrage« wird in der öffentlichen Diskussion häufig mit der Sicherung unserer umlagefinanzierten Rentenversicherung in Zusammenhang gebracht. Die Kinderarmut stellt das System schließlich vor ein Dilemma: Entweder muß die jeweils erwerbstätige Generation immer höhere Beiträge zahlen oder die Renten müssen erheblich gekürzt werden.

Was zumindest in der Theorie mittlerweile bekannt ist, hat bislang kaum praktische Konsequenzen. Die von der Robert Bosch Stiftung eingesetzte Expertenkommission »Familie und demographischer Wandel« weist nach, daß die Umverteilungen von jüngeren auf zukünftige Generationen und zugleich innerhalb jeder Generation von »Familien durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Größe zu Kinderarmen und Kinderlosen« deshalb so ausgeprägt sind, weil die bestehenden sozialen Sicherungssysteme ebenso wie das Steuerrecht »mögliche Erträge des Aufziehens von Kindern in großem Umfang sozialisier(en) und ohne die Berücksichtigung der individuellen Übernahme von Kinderkosten an alle Angehörigen der jeweiligen Elterngeneration weiterleite(n). (...) Die Sozialisierung des ‚Kindernutzens‘ erzeugt im Ergebnis die Illusion, das eigene Alter sei dank der kollektiven Sicherungssysteme auch ohne eigene Kinder gesichert.« (Robert Bosch Stiftung 2005, S. 12; vgl. auch S. 88 bis 113).

So erstaunt es kaum, daß auch im GGS nur eine Minderheit der Befragten einen Zusammenhang zwischen der Zahl eigener Kinder und ihrer Absicherung im Alter sieht, zumal die Frageformulierung (s.u., Abbildung 8) eher die Vermeidung von Einsamkeit im Alter und eine mögliche Pflege durch Kinder als die Sicherung des Rentensystems nahe legt. Selbst bei den Kinderlosen erwartet nur ein Drittel einen positiven Einfluß auf ihre Situation im Alter, 61 Prozent glauben dagegen, daß sich durch eigene Kinder für sie nichts verändern würde. Eltern meinen sogar zu 78 Prozent, daß eine weitere Geburt keinen Einfluß auf ihre Fürsorge und Sicherheit im Alter hätte. Das gilt unterschiedslos für Männer wie für Frauen.

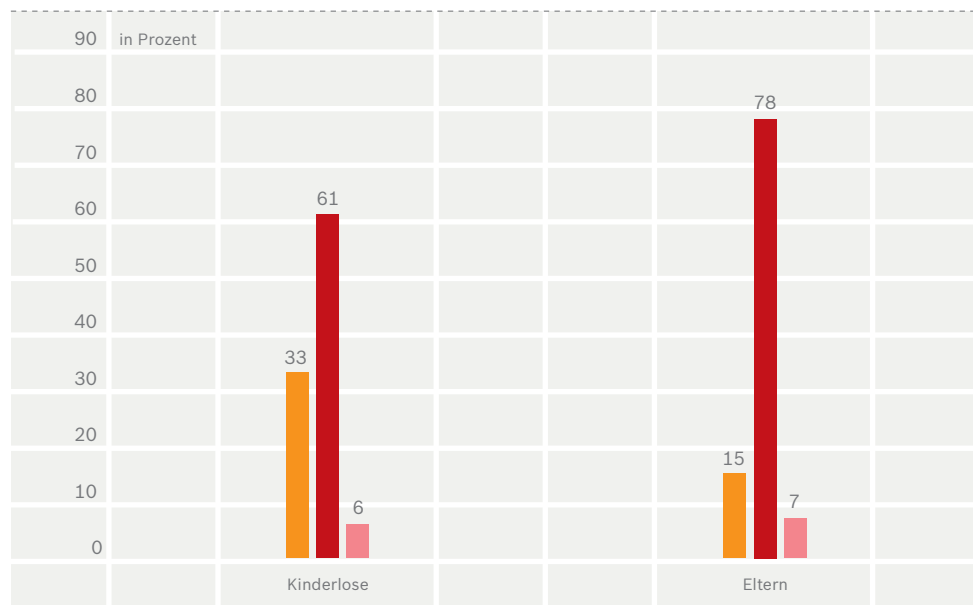
Diese Ergebnisse bestätigen die bereits erwähnte Value-of-Children Theorie, der zufolge der ökonomische Nutzen von Kindern in modernen Wohlfahrtsstaaten immer seltener ein Motiv für die Familiengründung ist (Nauck 1989, S. 54). Heutzutage hält eine deutliche Mehrheit das Kinderkriegen für eine Privatsache, bei der Überlegungen über die Zukunft der Gesellschaft keine Rolle spielen sollten (vgl. z.B. IfD 2004, S. 89ff). Offenkundig liegt aber eine große Diskrepanz zwischen der wahrgenommenen, geringen ökonomischen Bedeutung von Kindern und ihrem tatsächlich großen ökonomischen Nutzen. Diese Diskrepanz stellt nicht nur für die sozialen Systeme, sondern auch für die Familienpolitik eine große Herausforderung dar.

A 8 | Sicherheit im Alter durch Kinder kaum beeinflusst

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für eine wahrscheinliche Fürsorge und Sicherheit, wenn Sie alt sind?«

– Fürsorge und Sicherheit wären ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



■ (viel) besser
 ■ weder besser noch schlechter
 ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Elternschaft: Nur mehr ein Wert unter vielen im Lebensplan

Weder Männer noch Frauen sehen Kinder heute als unerlässlich für ein erfülltes Leben an. Die vorliegende Untersuchung zeigt: Kinder sind zu einem Wert unter vielen geworden, der das Leben mit Sinn erfüllen kann. Das muß nicht heißen, daß Kinder unwichtig sind, ihnen wird aber auch keine Sonderrolle in der eigenen Lebensplanung mehr eingeräumt. Eher zeigt sich hier eine zunehmende Wertetoleranz – jeder soll nach eigener Façon selig werden, und Kinder sind dabei eine Option unter anderen.

Aus den Ergebnissen der Umfrage wird außerdem deutlich, daß sich Frauen von ihrem klassischen Rollenvorbild als Mutter weitgehend emanzipiert haben. Die Hälfte der Frauen ist der Meinung, daß Kinder für ein erfülltes Frauenleben nicht mehr notwendig sind (Abbildung 9). In Deutschland hat es in dieser Frage in den vergangenen Jahren einen eindrucksvollen Wertewandel gegeben. So ist der Anteil derjenigen, die meinen, daß eine Frau Kinder für ein erfülltes Leben brauche, zwischen

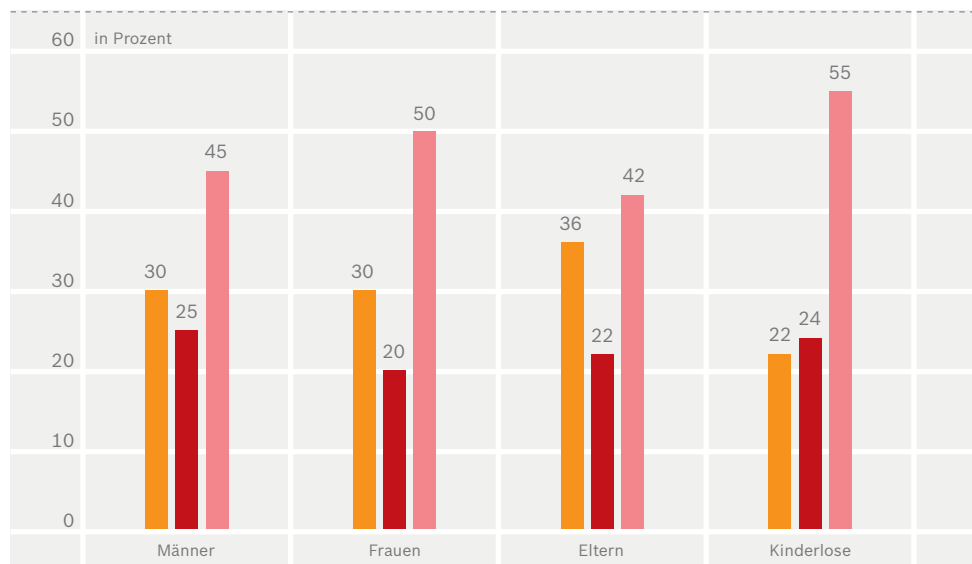
1990 und 2000 von 65 Prozent auf 36 Prozent gesunken (Inglehart et al. 2004). Ob man bereits Vater oder Mutter ist, beeinflusst die Einstellung. Wie zu erwarten, finden vor allem Eltern, daß Kinder für ein erfülltes Frauenleben wichtig sind, allerdings sind es selbst hier nur 36 Prozent. Von den Kinderlosen ist dagegen mehr als die Hälfte explizit der Meinung, daß eine Frau in ihrem Leben Kinder nicht unbedingt braucht.

Bei den Männern sieht es kaum anders aus. Nur etwas mehr als ein Viertel der Männer und noch weniger Frauen sehen in Kindern eine Voraussetzung für ein erfülltes Männerleben. Auch beim Thema Vaterschaft sind es wieder die Eltern, die Kindern eine gewisse Rolle für ein erfülltes Männerleben zugestehen, während eine große Mehrheit der Kinderlosen diesem Statement ausdrücklich widerspricht (Abbildung 10).

A 9 | Kinder für ein Frauenleben nicht besonders wichtig ...

Zustimmung zum Statement »Eine Frau braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu haben«

Basis: 20- bis 49jährige



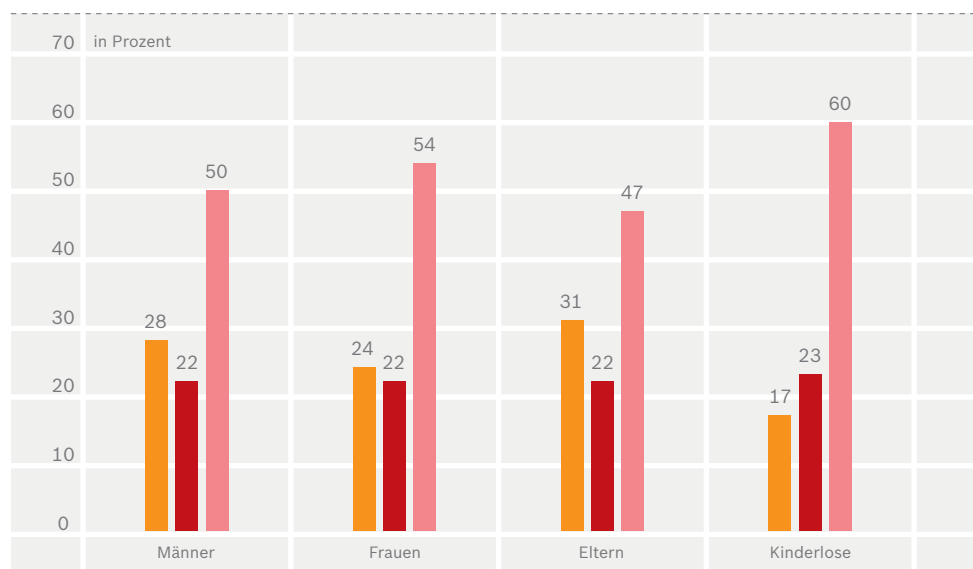
■ stimme (sehr) zu
 ■ weder noch
 ■ stimme (überhaupt) nicht zu

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

A 10 | ... und für ein Männerleben auch nicht

Zustimmung zum Statement »Ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu haben«

Basis: 20- bis 49jährige



■ stimme (sehr) zu
 ■ weder noch
 ■ stimme (überhaupt) nicht zu

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Ungünstige Rahmenbedingungen beschränken häufig den Kinderwunsch

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen, daß Kinder im Leben vieler Menschen nicht mehr den Stellenwert haben wie noch vor einigen Jahren. Diese Einstellungen tragen dazu bei, daß so wenige Kinder in Deutschland geboren werden. Für viele Menschen sprechen aber gegen eine größere Familie oder gegen Familie überhaupt auch handfeste Gründe, die in den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen sind. Etliche Aussagen lassen erkennen, daß der Kinderwunsch unter veränderten Bedingungen vielleicht anders ausgefallen wäre. Mögen einige mit solchen Argumenten nur die Verantwortung abschieben – die genannten Gründe sind in ihrer Deutlichkeit sehr aufschlußreich und können den Verantwortlichen in der Familienpolitik entscheidende Hinweise geben.

Materielle Sorgen sprechen am stärksten gegen Kinder

Menschen, die ohne Partner leben, geben am häufigsten den fehlenden Partner als Grund gegen ein (weiteres) Kind an. Warum Menschen mit Lebenspartner keine (weiteren) Kinder haben wollen, zeigt Abbildung 11 im Überblick. Demnach wäre eine gesicherte Zukunft für kinderlose Personen die wichtigste Bedingung, um selbst

Kinder zu bekommen. Das schließt einen sicheren Arbeitsplatz für sich selbst und/oder für den Partner oder die Partnerin ein, sehr viele sorgen sich aber auch ganz allgemein um die Zukunft des Kindes. Eine zweite Gruppe von Gründen, die Kinderlose gegen Kinder ins Feld führen, dreht sich um finanzielle Bedenken: Die Sorge um den eigenen Lebensstandard und die höheren Kosten durch ein Kind. Den dritten Komplex bilden die Veränderungen, die ein Kind mit sich bringen würde. Kinderlose fürchten viel stärker als Eltern, ihr Leben mit Kindern nicht mehr so genießen zu können wie bisher. Eine vierte Gruppe von Gründen ist eher nachrangig: Die Folgen eines Kindes für die Partnerschaft. Mit einer Ausnahme: Eltern sagen viel häufiger als Kinderlose, der Partner sei gegen ein (weiteres) Kind oder man selbst bzw. der Partner sei zu alt.

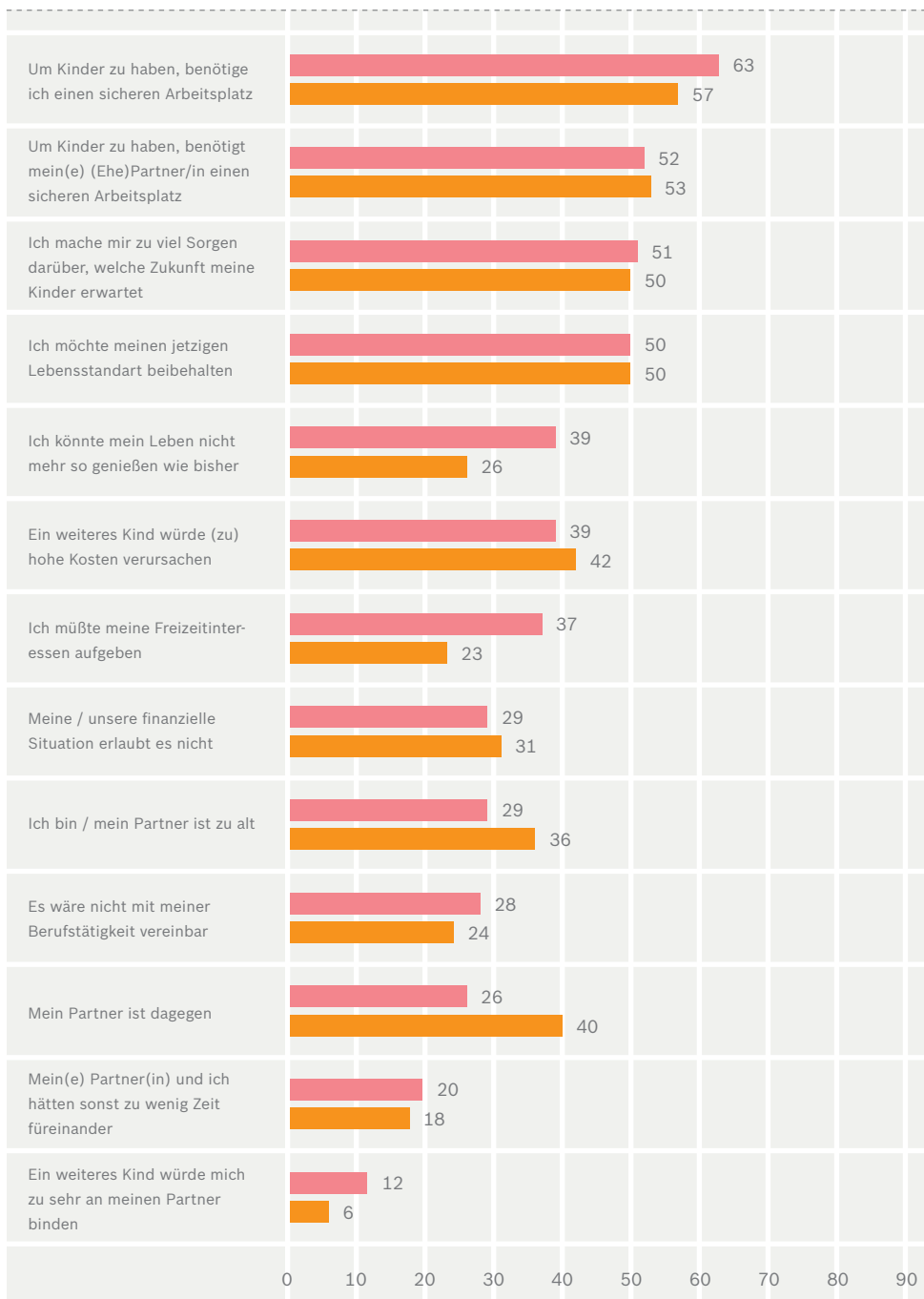
Im Übrigen sind auch für Eltern fehlende Arbeitsplatzsicherheit und hohe Kosten die wichtigsten Argumente gegen weitere Kinder. Die Veränderungen, die ein weiteres Kind allgemein für das eigene Leben und speziell die Freizeitgestaltung mit sich bringen würde, schätzen Eltern dagegen als eher gering ein.

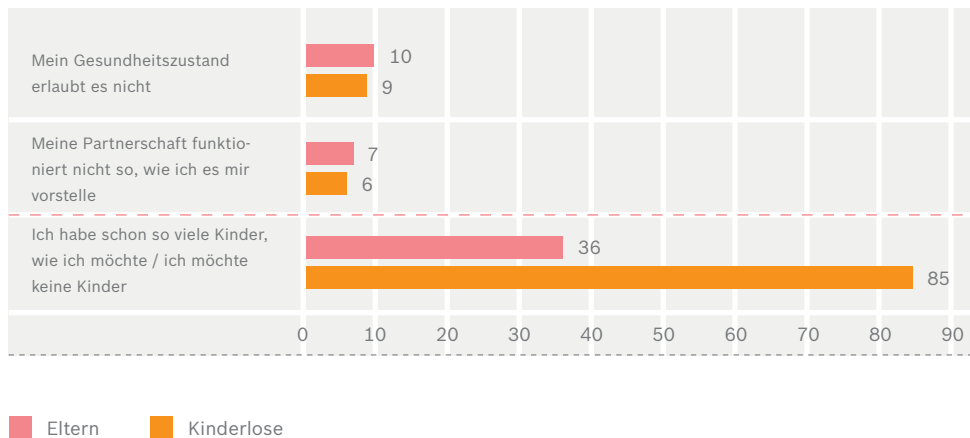
Insgesamt haben sich 36 Prozent der Kinderlosen definitiv gegen Kinder entschieden, und 85 Prozent der Eltern haben nach eigener Aussage bereits so viele Kinder wie sie wollen, so daß sich die Kinderfrage nicht mehr stellt.

A 11 | Gründe gegen (weitere) Kinder

jeweils Prozentanteil der Antworten »trifft voll und ganz zu/trifft zu«

Basis: In Partnerschaft lebende 20- bis 49jährige ohne (weiteren) Kinderwunsch





Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Frauen befürchten Verschlechterung ihrer beruflichen Chancen

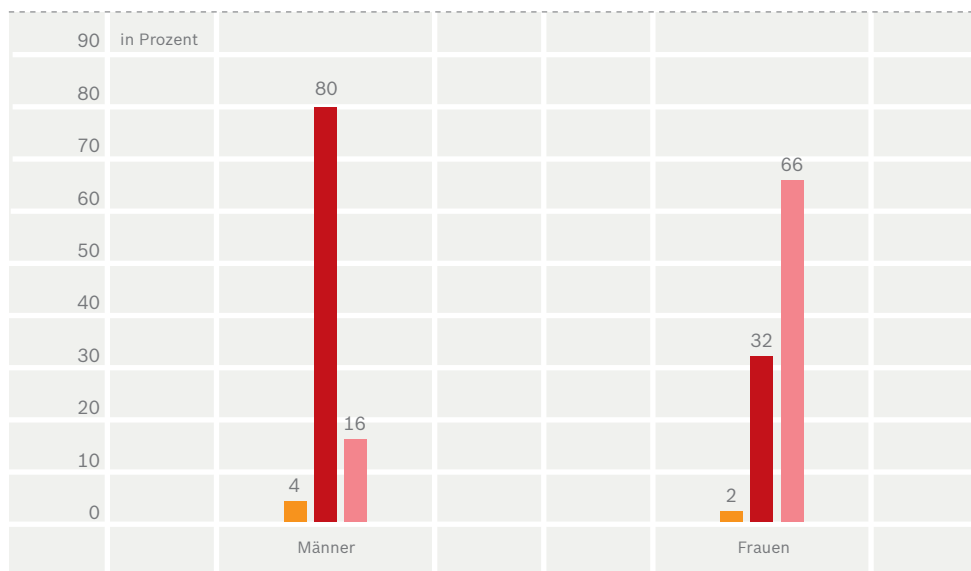
Da die Sicherheit des Arbeitsplatzes eine der wichtigsten Bedingungen für die Erfüllung des Kinderwunsches ist, müssen folgende Ergebnisse alarmieren: Zwei Drittel der befragten Frauen rechnen mit einer deutlichen Verschlechterung ihrer Beschäftigungschancen, falls sie (noch) ein Kind bekämen (Abbildung 12). Vor allem kinderlose Frauen befürchten negative Folgen einer möglichen Geburt (65 Prozent), mit zunehmender Kinderzahl sinkt dieser Anteil und erreicht bei Frauen mit drei oder mehr Kindern 58 Prozent. Offenbar entscheiden sich Mütter von mehreren Kindern eher dafür, die Rolle der Hausfrau und Mutter ausschließlich zu übernehmen; in dieser Situation sind Beschäftigungschancen weniger relevant.

Die Männer sehen die beruflichen Hindernisse für ihre Partnerin in der Tendenz ähnlich, jedoch nicht ganz so pessimistisch. Ihre eigenen Beschäftigungschancen blieben dagegen von einem (weiteren) Kind unberührt, meinen vier Fünftel der Männer. Dieser hohe Wert wird von den Frauen noch übertroffen: Von ihnen glauben 88 Prozent, daß die Familiengröße keinerlei Auswirkungen auf die Berufstätigkeit ihrer Partner hätte (Abbildungen 12 und 13). Berufliche Verbesserungen durch eine Geburt erwartet kaum einer der Befragten.

A 12 | Frauen erwarten schlechtere berufliche Chancen durch Kinder ...

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für Ihre Beschäftigungschancen?« – Meine Beschäftigungschancen wären ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



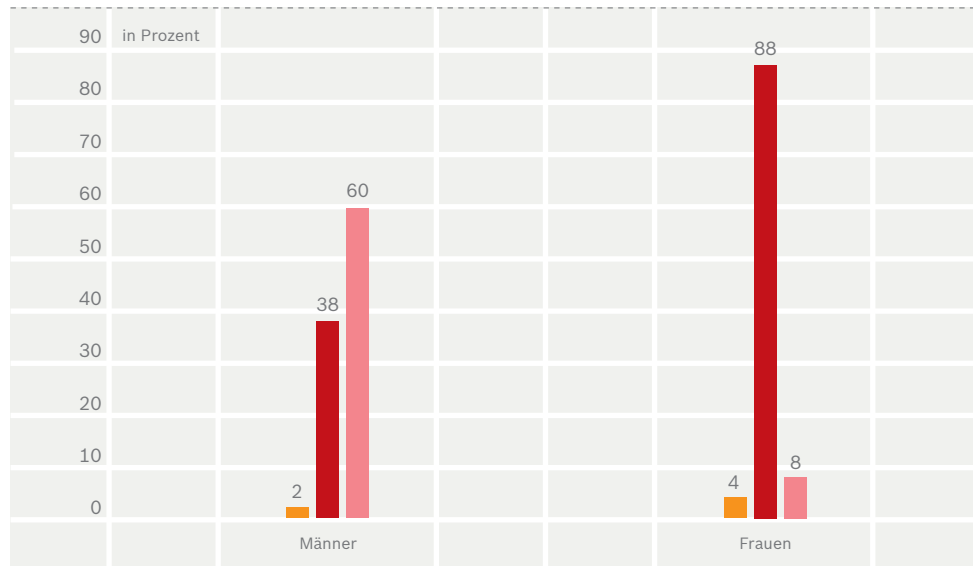
■ (viel) besser ■ weder besser noch schlechter ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

A 13 | ... und Männer erwarten das für Frauen auch

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für die Beschäftigungschancen Ihres Partners/Ihrer Partnerin?« – Die Beschäftigungschancen meines Partners/meiner Partnerin wären ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



■ (viel) besser
 ■ weder besser noch schlechter
 ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

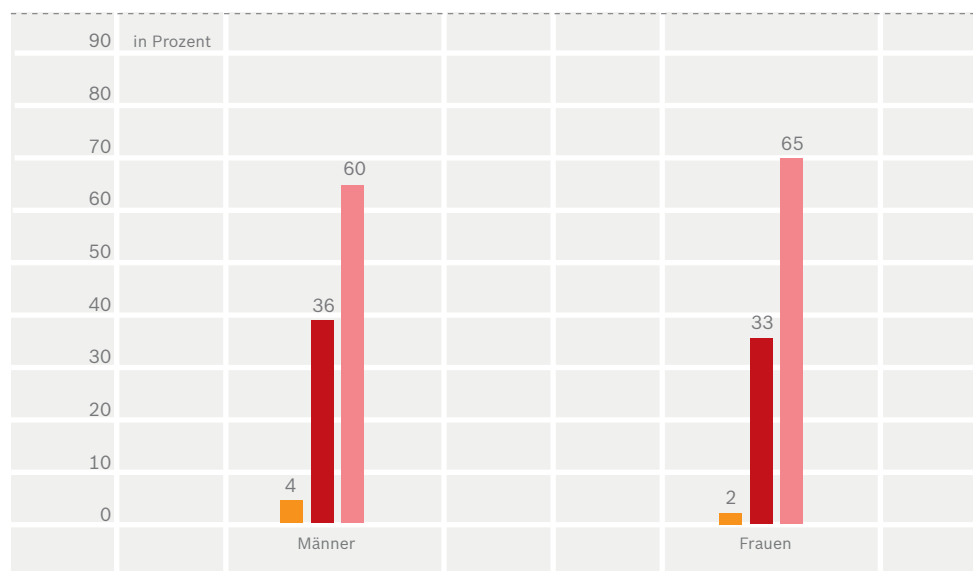
Kinder kosten Geld – für viele Befragte ein Problem

Der zweitwichtigste Grund, der für eine Entscheidung gegen Kinder genannt wurde, waren Geldsorgen. Direkt nach den finanziellen Folgen einer (weiteren) Geburt gefragt, überwiegt Pessimismus (Abbildung 14). Auch hier sehen Frauen mit 65 Prozent die Folgen etwas negativer als Männer (60 Prozent). Ein Grund könnte darin liegen, daß die Frauen üblicherweise diejenigen sind, die ihre Erwerbstätigkeit nach einer Geburt zumindest teilweise unterbrechen. Damit können sie nicht mehr zum Familieneinkommen beitragen, und sie erhöhen ihre finanzielle Abhängigkeit vom Partner. Beides schränkt den finanziellen Spielraum noch weiter ein.

A 14 | (Potentielle) Eltern fürchten finanzielle Verschlechterung

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für Ihre finanzielle Situation?« – Meine finanzielle Situation wäre ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



■ (viel) besser
 ■ weder besser noch schlechter
 ■ (viel) schlechter

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Vor allem Frauen erwarten Einschränkungen ihres Freiraums durch Kinder

Die Veränderungen, die Kinder für das eigene Leben – für Freizeitinteressen und Lebensstil – mit sich bringen, halten ebenfalls viele davon ab, Kinder zu bekommen. Wird unmittelbar nach den Konsequenzen gefragt, die ein (weiteres) Kind für die individuelle Selbstbestimmung hätte, erhärtet sich dieses Ergebnis. Vor allem Kinderlose betrachten Kinder oft als Einschränkung des eigenen Freiraums (Abbildung 15). Unter den Eltern sind es insbesondere die Mütter, die hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, das zu tun, was sie möchten, eine deutliche Verschlechterung erwarten – und zwar unabhängig von der Kinderzahl. Die meisten Väter gehen dagegen von einer unveränderten Handlungsfreiheit aus.

Die Unterschiede in den Erwartungen von Männern und Frauen sind durchaus begründet, da hierzulande üblicherweise Frauen den Großteil von Erziehungsarbeit und Organisation des Familienlebens übernehmen. Die skeptischen Erwartungen der Frauen treten auch in anderen Studien klar zutage: Nach den Folgen einer vorübergehenden oder dauerhaften Aufgabe des Berufs wegen der Geburt eines Kindes gefragt, nannten in einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach 76

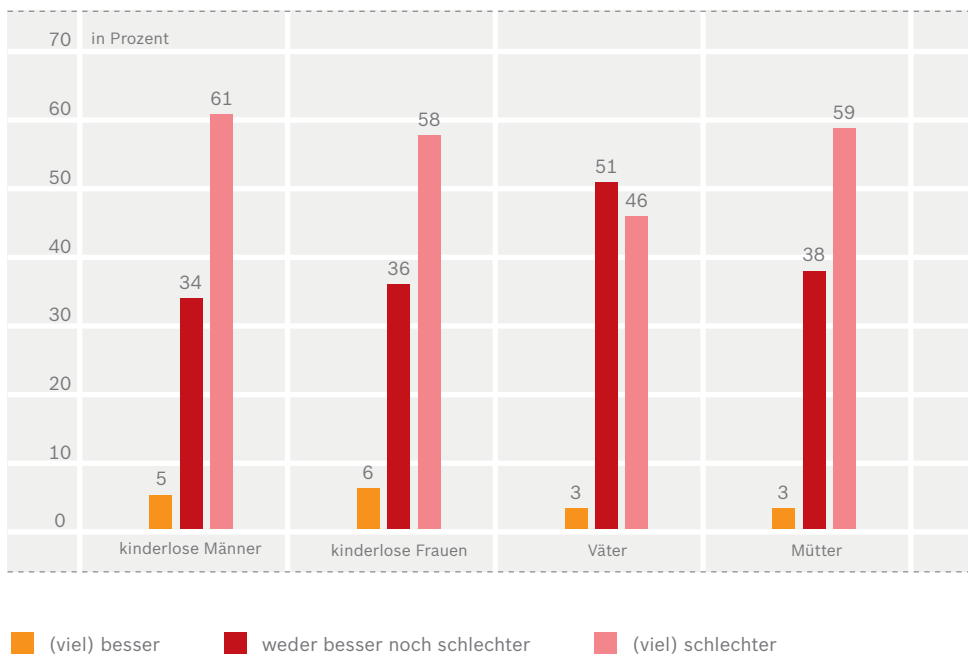
Prozent der 18- bis 44jährigen Frauen eine Verminderung des Familieneinkommens, 51 Prozent rechneten mit Schwierigkeiten, später wieder beruflich den Anschluß zu finden, 44 Prozent erwarteten weniger Kontakte mit Menschen und 42 Prozent glaubten, ihr gesellschaftliches Prestige würde leiden. Kinderlose Frauen befürchteten diese Nachteile in noch weit höherem Maße (IfD 2004, S. 58ff).

Gleichzeitig gingen 70 Prozent der Frauen in derselben Untersuchung davon aus, daß man als Kinderlose genauso anerkannt in der Gesellschaft ist wie als Mutter, während nur 17 Prozent meinten, daß Hausfrauen das gleiche Ansehen genießen wie berufstätige Frauen. 44 Prozent der Frauen sagten sogar, daß eine Frau berufstätig sein muß, um anerkannt zu sein. Auch nicht berufstätige Mütter stimmten diesen Aussagen tendenziell zu (ebd., S. 60ff). Frauen, die ihren Kinderwunsch verwirklichen und ihren Beruf ganz oder teilweise aufgeben, entscheiden sich damit also »für eine Option, die sie mit einer Einbuße an gesellschaftlichem Prestige verbinden – neben anderen Nachteilen wie Verlusten an sozialen Kontakten und beruflichen Chancen« (ebd., S. 60). Auch für die Väter mag ein Kind den Handlungsfreiraum einschränken; diese Einschränkung wird aber als weitgehend unabhängig von der Kinderzahl wahrgenommen.

A 15 | Erwartung: Kinder schränken Freiraum ein

»Welche Folgen hätte eine (weitere) Geburt in den nächsten drei Jahren für die Möglichkeit, das zu tun, was Sie wollen?« – Diese Möglichkeit wäre ...

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Modellvorstellung: Erst eine feste Partnerschaft, dann Kinder

Art und Intensität der Beziehung zum Partner oder zur Partnerin haben erheblichen Einfluß auf den Kinderwunsch. Kinder bekommt man nicht alleine, bereits bei der Entscheidung für oder gegen Kinder spielt der Partner üblicherweise eine wichtige Rolle. Häufig will einer der beiden keine Kinder (mehr), besonders bei Eltern ist dies der Fall (vgl. Abbildung 11). Eine starke Fixierung auf den Partner wiederum kann dazu führen, daß Kinder als Gefährdung dieser Beziehung wahrgenommen werden (vgl. z.B. Schneider 1999). Viele Eltern haben das Gefühl, daß ein weiteres Kind schlicht keine Zeit mehr für den Partner lassen würde, was vor allem ab drei Kindern häufiger befürchtet wird.

Für Kinderlose ist die Qualität der Partnerschaft oft entscheidend für den Kinderwunsch. Erst wenn man jemanden gefunden hat, mit dem man sich vorstellen kann, eine stabile Partnerschaft aufzubauen, denkt man an Kinder. Ein Fünftel der Kinderlosen lebte zum Zeitpunkt des Interviews nicht in einer Partnerschaft - für die meisten schloß das den Gedanken an Kinder von vornherein aus. Diese Modellvorstellung - erst Partner, dann Kind - entspricht einem breiten gesellschaftlichen Konsens: Eine große Mehrheit der Befragten meint, daß eine intakte Beziehung notwendige Bedingung für eine Familiengründung ist: »Man sollte erst Kinder bekommen, wenn man sich sicher ist, daß man als Paar zusammenbleibt«, meinen 73 Prozent der Männer und 61 Prozent der Frauen. Kinderlose stimmen der Aussage häufiger zu als Eltern (73 gegenüber 63 Prozent).

Zu hohe Erwartungen an die Institution Familie?

Zum Abschluß soll noch ein Grund gegen Kinder diskutiert werden, der bisher nur implizit erwähnt wurde: Es geht um die Vorstellung von der Institution Familie. Lange verkörperte bei uns die sogenannte Kernfamilie, die aus zwei Generationen - Eltern und Kindern - besteht, den gesellschaftlichen Standard. Bis heute ist in beiden Teilen Deutschlands die Wertschätzung für Ehe und Familie unverändert hoch, und nur eine kleine Minderheit wünscht sich ein Single-Dasein (Dorbritz et al. 2005, S. 31ff). Tatsächlich lebten 56 Prozent aller 35- bis 44jährigen im Jahr 2003 mit einem Ehepartner und Kindern zusammen (Statistisches Bundesamt 2004).

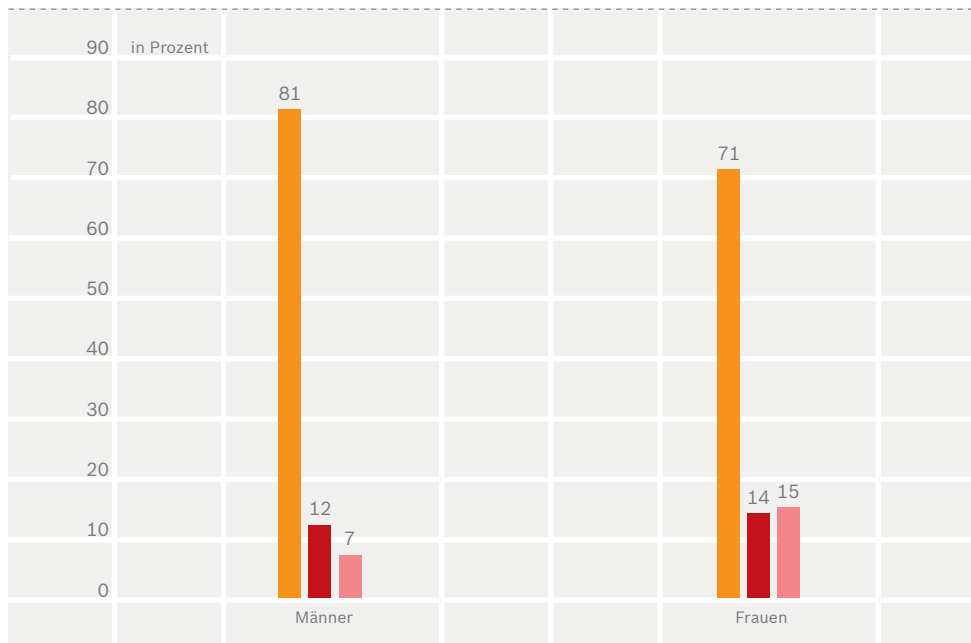
Gleichzeitig haben in den letzten Jahrzehnten alternative Lebensformen an Bedeutung gewonnen, und ein damit einhergehender Wertewandel hat zu einer größeren Toleranz z.B. gegenüber Alleinerziehenden, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften oder getrennt lebenden Eltern geführt. Wenn es allerdings um Kinder geht, wird diese Toleranz eingeschränkt: Die meisten Befragten sind nämlich der Meinung, daß das Wohlergehen eines Kindes vor allem dann gewährleistet ist, wenn es mit Vater und Mutter aufwachsen kann (Abbildung 16). Es fällt auf, daß insbesondere Männer dieser Auffassung sind.

Offenbar setzen verfestigte Idealvorstellungen die Schwelle zur Familiengründung für Kinderlose recht hoch. Auch Männer entscheiden sich vor diesem Hintergrund schwerer für Kinder als Frauen. Tatsächlich haben sich aber Familienkonstellationen und Paarbeziehungen in den vergangenen Jahrzehnten von traditionellen Idealen weit entfernt. Daraus entstehen für viele Menschen Widersprüche, die der Verwirklichung von Kinderwünschen im Wege stehen können.

A 6 | Kinder sollten mit beiden Elternteilen aufwachsen

Zustimmung zum Statement »Ein Kind braucht Vater und Mutter, um glücklich aufzuwachsen«

Basis: 20- bis 49jährige



■ stimme (sehr) zu
 ■ weder noch
 ■ stimme (überhaupt) nicht zu

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Zusammenfassung

- :: Elternschaft ist im Leben der meisten Menschen zu einem Wert unter vielen geworden.

- :: Kinder werden in der allgemeinen Wahrnehmung eher mit Belastungen als mit einer Bereicherung des Lebens verbunden.
 - :: Die meisten Befragten glauben, daß (weitere) Kinder in ihrem Leben nichts verändern würden.
 - :: Wer doch mit Veränderungen rechnet, erwartet eher Verschlechterungen.

- :: Kinder haben wenig Einfluß auf Lebensfreude und -zufriedenheit.
 - :: Nur unter den Kinderlosen hat ein nennenswerter Anteil positive Erwartungen im Hinblick auf Lebensfreude, Partnerschaft und Situation im Alter. Sie bleiben aber in der Minderheit gegenüber denen, die von Kindern keine Veränderungen in diesen Lebensbereichen erwarten.

- :: Familien genießen wenig Ansehen.
 - :: Ob man in einer Familie mit Kindern lebt oder nicht, hat nach Ansicht der Befragten kaum Einfluß auf das Ansehen bei Freunden und Nachbarn.
 - :: Nur ein Teil der Kinderreichen meint, daß ein weiteres Kind ihr Ansehen verändern würde - und zwar zum Schlechteren.

- :: Gegen Kinder spricht für viele Befragte, daß sie finanziellen Spielraum, Beschäftigungschancen und persönliche Freiheit einschränken.
 - :: Vor allem Frauen erwarten solche Einschränkungen in hohem Maße.

- :: Wunsch nach »Modellsituation« legt Hürden für Familiengründung hoch. Fast alle Befragten - ob kinderlos oder Eltern - haben eine klare Vorstellung von den Voraussetzungen einer Familiengründung:
 - :: stabile Beziehung zu einem Lebenspartner,
 - :: sicherer Arbeitsplatz mindestens eines potentiellen Elternteils.

4

Welche Unterstützung die
Menschen erwarten

Will sie ihr Ziel erreichen, muß eine nachhaltige Familienpolitik den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Familienbildern von potentiellen Eltern gerecht werden und dabei besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Frauen legen (vgl. Kapitel 3). Diese vielfältigen Anforderungen verlangen einen wohlbegründeten »intelligente(n) Mix aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers« (Bertram et al. 2005).

Familienpolitik soll also allen Familien zugute kommen und alle gleichermaßen fördern. Zugleich müssen die familienpolitischen Maßnahmen »gezielter auf bestimmte Familienphasen und/oder Familienformen hin zugeschnitten sein [...], um paßgenaue Hilfestellung zu geben« (Vaskovics & Mühling 2003). Welche Hilfestellungen tatsächlich von verschiedenen Bevölkerungsgruppen als »paßgenau« empfunden werden, läßt sich mit Hilfe des GGS klären. Deshalb wurden die Teilnehmer im Detail nach ihren Erwartungen an die Familienpolitik gefragt.

Zunächst ging es um die Wichtigkeit elf verschiedener Maßnahmen, die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen und für sie zu sorgen. Dazu gehörten neben dem Ausbau bereits bestehender auch solche Leistungen, die erst neu eingeführt werden müßten.

Befragte wünschen sich flexiblere Arbeitszeitmodelle und bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder

Auf den ersten Blick fällt die insgesamt sehr hohe Zustimmung für die verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen auf (siehe Tabelle 2). Im Einzelnen sind den Befragten eine Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen für Eltern und bessere Betreuungsangebote für Kinder im Kindergartenalter am wichtigsten. Erst dann kommen Maßnahmen, die eine finanzielle Unterstützung für Familien bieten.

Im Vergleich zu den Einstellungen der Bevölkerung im Jahre 1992 zeigt sich eine deutliche Hinwendung zu Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit ermöglichen. Seinerzeit waren ähnliche familienpolitische Maßnahmen zu bewerten, wobei damals finanzielle Unterstützungsleistungen für wesentlich wichtiger gehalten wurden als Maßnahmen, die das Zeitregime der Familie beeinflussen: Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern, die Erhöhung des Kindergeldes und Zuschüsse zum Familieneinkommen erschienen den Befragten damals deutlich wichtiger (Hartmann 1997; Daten: erste Erhebung der PPAS). Offenbar haben die verschiedenen familienpolitischen Initiativen der vergangenen Jahre den Familien entweder nachhaltige finanzielle Hilfe gebracht oder zumindest diesen Eindruck erweckt. Auch wenn den (potentiellen) Eltern damit noch nicht alle Geldsorgen genommen sind, geraten im Jahr 2005 andere Maßnahmen ins Blickfeld.

T 2 | »Mehr Zeitautonomie« an der Spitze möglicher familienpolitischer Maßnahmen

jeweils Antworten »sehr wichtig/wichtig« auf die Frage: »Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen, die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen?«

Basis: 20- bis 49jährige

| | Mögliche Maßnahme | Prozent |
|-----|---|---------|
| 1. | Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern | 90 |
| 2. | Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern | 89 |
| 3. | Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter | 87 |
| 4. | Finanzieller Zuschuß für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist | 85 |
| 5. | Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder | 85 |
| 6. | Finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange sie klein sind | 81 |
| 7. | Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren | 79 |
| 8. | Betreuungseinrichtungen für Schulkinder nachmittags und in den Schulferien | 77 |
| 9. | Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat | 74 |
| 10. | Besseres Angebot an Ganztagschulen | 72 |
| 11. | Finanzieller Zuschuß bei der Geburt eines Kindes | 69 |

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Geld, Zeit oder Infrastruktur?

Um die unterschiedlichen Ansprüche an die Leistungen der Familienpolitik möglichst differenziert darzustellen, wurden die elf Maßnahmen für die weiteren Analysen in drei Maßnahmenbündel eingeteilt. Zusammen bilden sie in etwa die geforderte Mischung aus Zeitoptionen, Infrastrukturpolitik und finanziellen Transferleistungen für Kinder ab:

Das Bündel »Geld« umfaßt finanzielle Maßnahmen:

- :: finanzieller Zuschuß für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist
- :: niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder
- :: finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange sie klein sind
- :: beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat
- :: finanzieller Zuschuß bei der Geburt eines Kindes.

Das Bündel »Infrastruktur« beschreibt den Bereich Betreuungsangebote:

- :: bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter
- :: bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren
- :: Betreuungseinrichtungen für Schulkinder nachmittags und in den Schulferien
- :: besseres Angebot an Ganztagschulen

Das Bündel »Zeit« enthält Verbesserungen der Arbeitszeiten von Eltern:

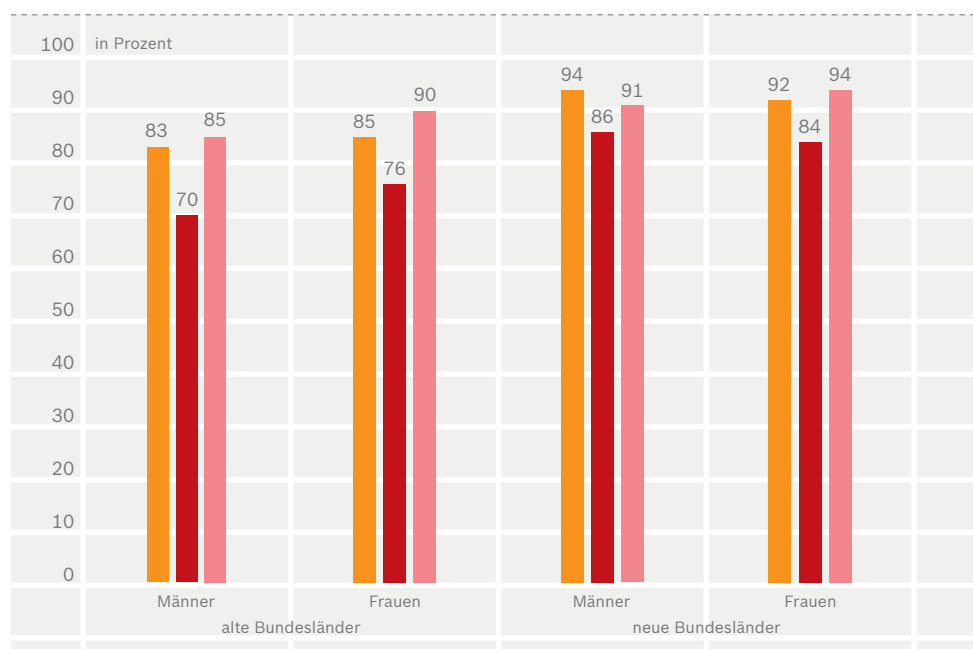
- :: mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern
- :: flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern

Vergleicht man die Wichtigkeit dieser drei Maßnahmenpakete für Eltern, zeigt sich, daß flexiblere Arbeitszeiten insgesamt mit 86 Prozent die größte Unterstützung erfahren, gefolgt von finanziellen Maßnahmen (85 Prozent) und der Forderung nach besseren Betreuungseinrichtungen (73 Prozent). Dabei wünschen sich tendenziell mehr Frauen als Männer und mehr Menschen in den neuen Bundesländern als in den alten eine insgesamt umfassendere Familienpolitik (Abbildung 17). In den neuen Bundesländern gibt es praktisch keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen – offenkundig ist die Erwartung an den Staat, Familien zu unterstützen, dort stärker verwurzelt.

A 17 | Mehr Geld und verbesserte Zeitoptionen besonders wichtig: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln bei Männern und Frauen in den neuen und alten Bundesländern

Anteil der Befragten, die das jeweilige Maßnahmenbündel als (sehr) wichtig einstufen

Basis: 20- bis 49jährige mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



■ Geld ■ Infrastruktur ■ Zeit

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Kinderreiche wünschen sich mehr Geld, Ein-Kind-Familien bessere Betreuungsangebote

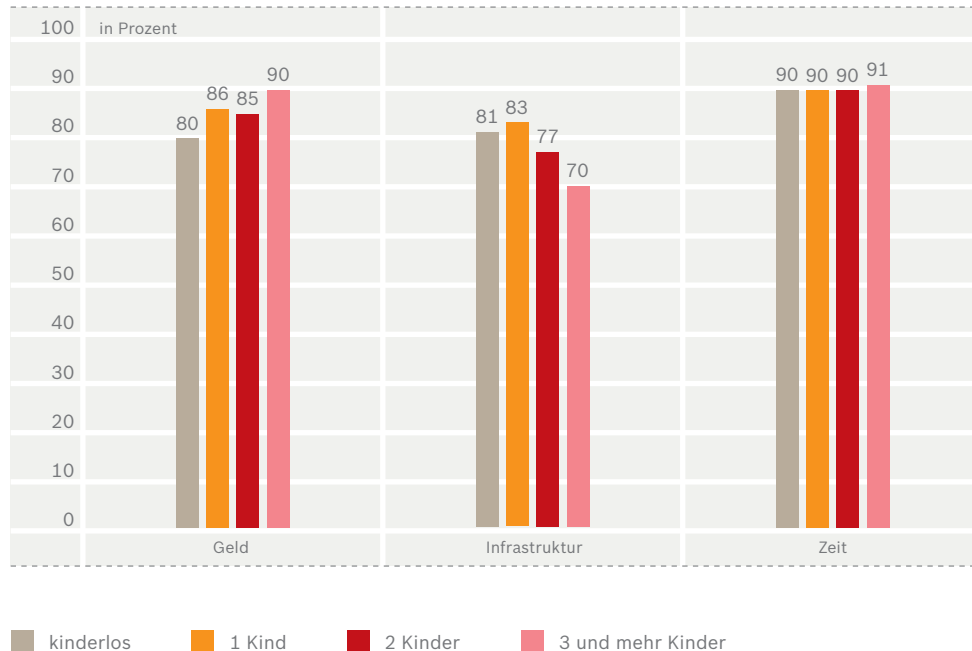
Flexiblere Arbeitszeiten werden von allen Befragten gefordert, unabhängig von Kinderlosigkeit bzw. Kinderzahl. Ein differenzierteres Bild zeigt sich bei der Bedeutung von finanziellen Maßnahmen bzw. von Betreuungsangeboten (Abbildung 18). So steigt die Bedeutung des Maßnahmenbündels »Geld« von 80 Prozent bei Kinderlosen auf 90 Prozent bei Familien mit drei und mehr Kindern an. Bei den Betreuungsangeboten (»Infrastruktur«) kehrt sich das Bild um: Hier wünschen sich Familien mit einem Kind deutlich mehr Unterstützung als Familien mit mehreren Kindern. Offenbar versuchen Paare mit einem Kind am ehesten, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Die Entscheidung für ein erstes bzw. zweites Kind könnte sich also durch einen Ausbau der Betreuungsangebote fördern lassen. Für Familien mit zwei oder mehr Kindern scheint dagegen das Vorhandensein von Betreuungsmöglichkeiten

nicht mehr von herausragender Wichtigkeit zu sein; wohl deshalb, weil einer der beiden Partner – meistens die Mutter – gar nicht oder eher teilzeitbeschäftigt ist. Unabhängig von der Kinderzahl ist der Wunsch nach flexibleren Arbeitszeiten bei allen Befragten auffallend stark ausgeprägt.

A 18 | Große Familien brauchen eher Geld, kleine eher Infrastruktur: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln in Abhängigkeit von der Kinderzahl

Anteil der Befragten, die das jeweilige Maßnahmenbündel als (sehr) wichtig einstufen

Basis: 20- bis 49jährige Frauen (kinderlos bzw. mit Kind(ern) unter 14 Jahren)



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Geringer Qualifizierte wünschen sich vor allem mehr finanzielle Unterstützung

Ein ähnlich differenziertes Bild zeigt sich in Abhängigkeit vom Bildungs- und Ausbildungsniveau der Befragten. Neben der einheitlich hohen Zustimmung zu flexiblen Arbeitszeiten finden sich deutliche Unterschiede wiederum bei der finanziellen Unterstützung und der Nachfrage nach Betreuungsangeboten (Abbildung 19). Während sich Personen mit niedrigem Bildungsniveau zu 93 Prozent für finanzielle Maßnahmen aussprechen, sinkt dieser Anteil mit steigendem Bildungsniveau kontinuierlich auf rund 80 Prozent. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei der Zustimmung zu einem Ausbau der Infrastruktur.

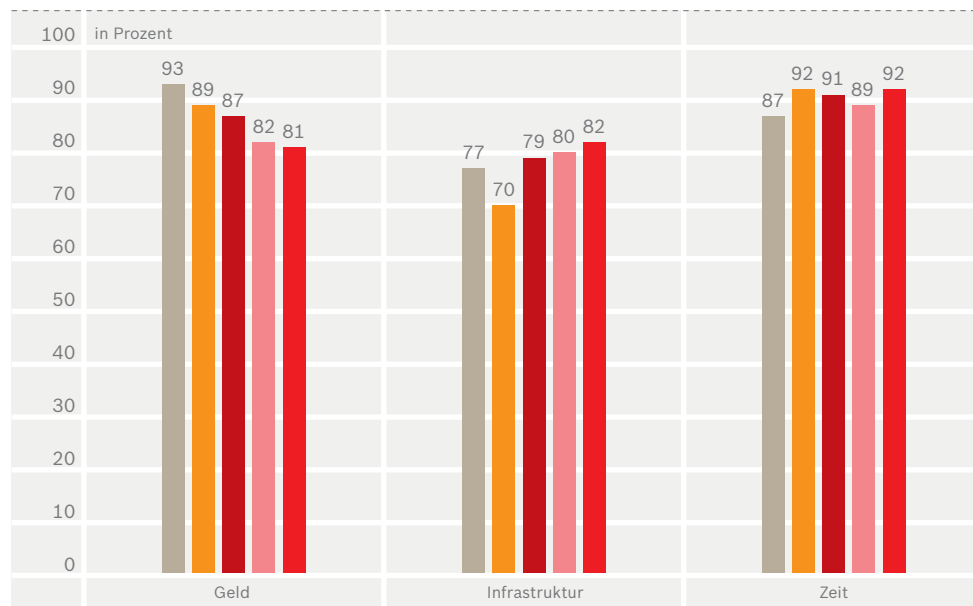
Höher Qualifizierte wollen bessere Betreuungsmöglichkeiten

Hier steigt der Anteil, der bei denjenigen mit niedriger (Aus-)Bildung bei 77 bzw. 70 Prozent liegt, auf 82 Prozent bei Befragten mit (Fach-) Hochschulabschluß. Damit bestätigt sich die Theorie der Opportunitätskosten (vgl. z.B. Rürup & Gruescu, 2003). Demnach sind die »Kosten« eines Kindes dann sehr hoch, wenn ein Elternteil mit hohem Einkommen (und damit häufig auch hohem Bildungsgrad) wegen der Kinderbetreuung seine Erwerbstätigkeit stark reduziert oder ganz aufgibt. Für viele Eltern aus entsprechenden Bildungs- bzw. Einkommensgruppen sprechen diese Opportunitätskosten offenbar häufig gegen ein Kind. Staatliche Leistungen scheinen diesen Menschen, die viel Zeit und Geld in ihre Bildung investiert haben, keinen Ausgleich für (potenziell) entgangenes Einkommen zu bieten, so daß sie kaum relevant für diese Gruppe sind. Vielmehr geht es hier im Kern um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Personengruppe unterstützt man daher am besten mit Arbeitsplätzen, die eine flexible Zeiteinteilung ermöglichen, sowie durch einen umfassenden Ausbau der Betreuungsplätze.

**A 19 | Höher Qualifizierte wünschen sich bessere Infrastruktur:
Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln in verschiedenen
Bildungs- und Ausbildungsgruppen**

Anteil der Befragten, die das jeweilige Maßnahmenbündel als (sehr) wichtig einstufen

Basis: 20- bis 49jährige Frauen mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



- kein Schulabschluß bzw. Haupt- oder Volksschule
- Haupt- oder Volksschule und abgeschlossene Ausbildung
- Realschule und evtl. abgeschlossene Ausbildung
- (Fach-) Hochschulreife und evtl. abgeschlossene Ausbildung
- (Fach-) Hochschulabschluß

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

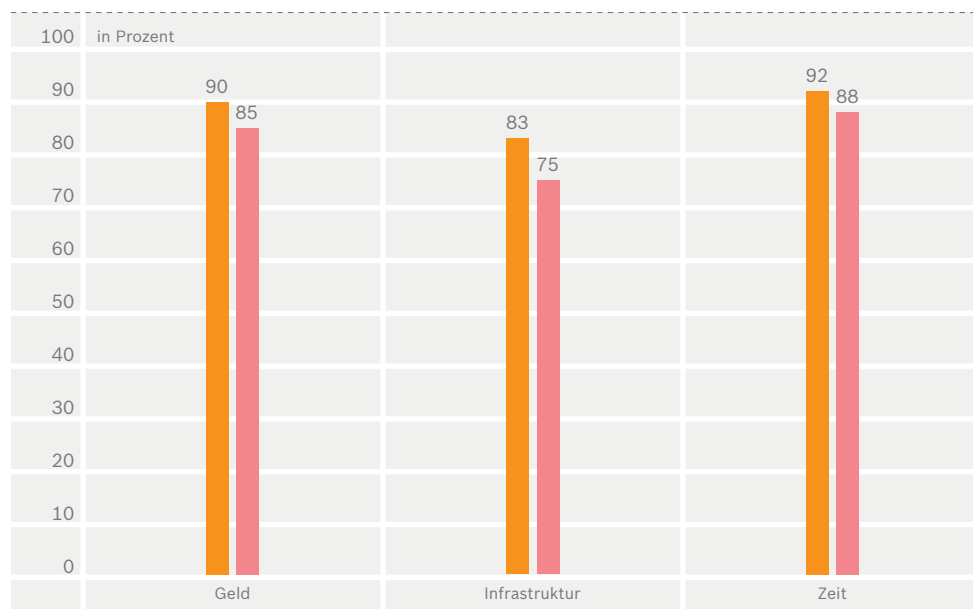
Alleinerziehende wünschen sich umfassenden Ausbau staatlicher Hilfen

Von den rund 2150 Müttern und Vätern im Alter zwischen 20 und 49 Jahren innerhalb des GGS, die ein Kind unter 14 Jahren im Haushalt hatten, waren knapp 10 Prozent alleinerziehend, das sind etwa so viele wie in der Gesamtbevölkerung (Dorbritz et al. 2005, S. 31). Die Alleinerziehenden haben eine grundsätzlich höhere Erwartung an die Familienpolitik und wünschen sich in allen drei Bereichen, insbesondere bei den Betreuungseinrichtungen, einen noch umfassenderen Ausbau staatlicher Hilfen als Eltern, die sich die Erziehungsaufgabe mit einem Partner / einer Partnerin teilen (Abbildung 20).

A 20 | Alleinerziehende Eltern brauchen umfassende Unterstützung: Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmenbündeln von Alleinerziehenden und gemeinsam erziehenden Eltern

Anteil der Befragten, die das jeweilige Maßnahmenbündel als (sehr) wichtig einstufen

Basis: 20- 49jährige mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



■ alleinerziehend ■ gemeinsam mit Partner erziehend

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Zeitpolitik: Mehr als nur flexible Arbeitseinteilung

Die bisherigen Analysen zu den Erwartungen der Bevölkerung an die Familienpolitik haben eine generell sehr hohe Nachfrage nach Leistungen ergeben, die mehr Zeitoptionen für (potentielle) Eltern schaffen. Im Rahmen des GGS wurden darunter solche politische Maßnahmen verstanden, die auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten gerichtet sind. In letzter Zeit wurde die Etablierung erweiterter Zeitoptionen auch in einem größeren Kontext betrachtet. Bertram, Rösler und Ehlert nutzen das Bild von der »rush hour des Lebens«, die es zu entzerren gilt (2005, S. 45).

Damit ist die hohe Verdichtung verschiedener Lebensaufgaben in einem sehr kurzen Zeitraum gemeint: Etwa im Alter zwischen Mitte 20 und Anfang 30 fordern der Abschluß der Ausbildung und die Etablierung im Beruf großen persönlichen und vor allem zeitlichen Einsatz, aber auch Partnersuche und Familiengründung fallen in diesen Zeitraum. Für viele Menschen konkurrieren diese Anforderungen miteinander, und häufig – insbesondere angesichts des Ideals einer Familiengründung, die auf gesicherter finanzieller Basis und in fester Partnerschaft geschehen sollte (vgl. Kapitel 3) – wird der beruflichen Entwicklung der Vorzug gegeben. Kinder werden dann erst verhältnismäßig spät geboren – oder gar nicht mehr.

Familiengründung in allen Altersgruppen fördern – nicht nur zwischen 25 und 30

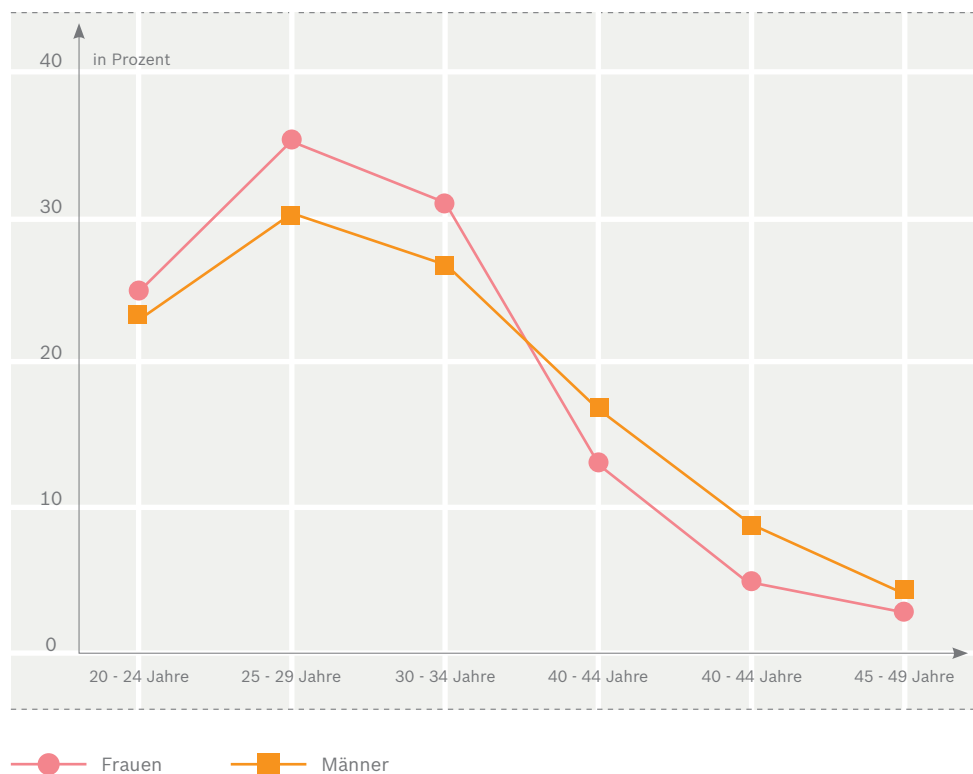
Bertram et al. (2005) sowie die von der Robert Bosch Stiftung eingesetzte Kommission »Familie und demographischer Wandel« plädieren eindringlich dafür, diese »rush hour« zu entzerren und die Chancen für Familiengründungen parallel zu anderen Lebensaufgaben auf vielfältige Weise zu unterstützen (Robert Bosch Stiftung 2005, vgl. insbes. S. 54 ff).

Die »rush hour« wurde auch im GGS sichtbar. So wurde gefragt, ob man in den letzten drei Monaten ernsthaft über ein (weiteres) Kind nachgedacht habe. Aus den Antworten ergibt sich, daß Frauen und Männer am häufigsten im Alter zwischen 25 und 29 Jahren über eine (weitere) Geburt nachdenken (Abbildung 21), also in der Phase, die normalerweise auch für die Etablierung im Beruf entscheidend ist. Bereits bei den 30 bis 34jährigen und erst recht bei den 35 bis 39jährigen nimmt die Beschäftigung mit der Kinderfrage wieder ab.

A 21 | Beschäftigung mit der Kinderfrage konzentriert sich auf fünf Jahre

Antwort »ja« auf die Frage: »Haben Sie in den letzten drei Monaten ernsthaft über ein (weiteres) Kind nachgedacht?«

Basis: 20- bis 49jährige Männer und Frauen, die in einer Partnerschaft leben



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Die meisten Mütter wollen berufstätig bleiben

Bereits in Kapitel 3 wurde deutlich, daß Frauen deutliche Einschnitte durch Kinder für ihre berufliche Karriere und ihre Beschäftigungschancen erwarten. Dennoch gibt es einen hohen Anteil von Müttern, die erwerbstätig sind bzw. gerne erwerbstätig wären. So waren im Jahr 2003 in Deutschland 32 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, wobei die meisten davon in Teilzeit arbeiteten.

Berufstätige Mütter (West) arbeiten eher in Teilzeit-, Mütter (Ost) in Vollzeitjobs

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in den Lebensentwürfen zwischen neuen und alten Bundesländern: In den alten Bundesländern waren 30 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, in den neuen Bundesländern dagegen 43 Prozent. Und während mehr als die Hälfte dieser Mütter in den alten Bundesländern nur bis zu 20 Stunden pro Woche arbeiteten, hatten in den neuen Bundesländern deutlich mehr als die Hälfte einen Vollzeitjob (Statistisches Bundesamt 2004).

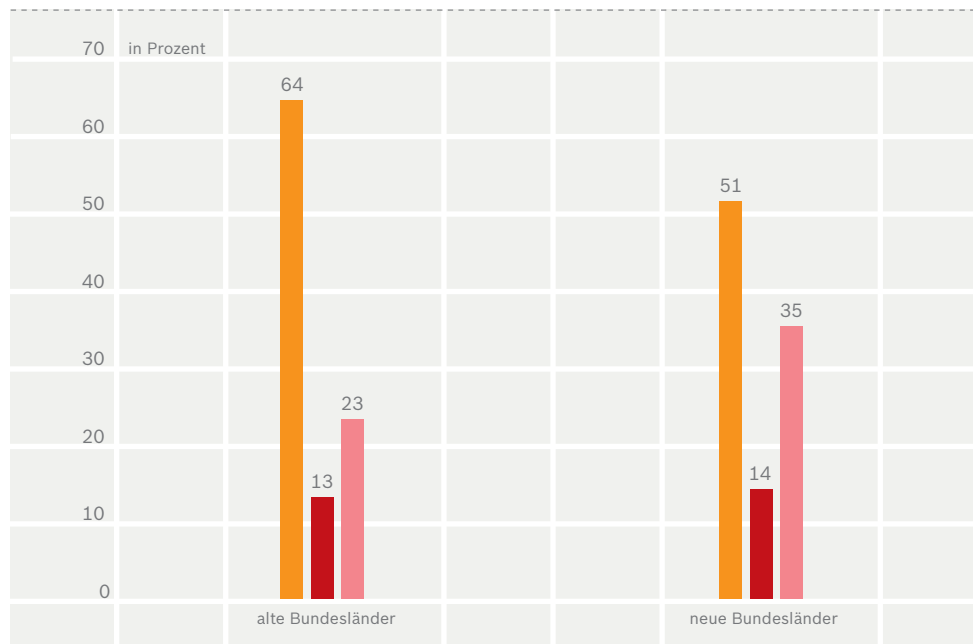
Darin spiegeln sich unterschiedliche Kulturen der Müttererwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR und der früheren BRD. So war in der DDR die Frauenerwerbstätigkeit Normalität bzw. ökonomische Notwendigkeit und wurde vom Staat mit einer flächendeckenden Versorgung an Betreuungseinrichtungen und großzügigen Arbeitszeitregelungen für Mütter unterstützt. Im Lauf der Jahre entwickelte sich so im Osten ein anderes Frauenleitbild als im Westen. Dort blieb ein Ideal von der Mutter erhalten, die sich selbst um ihre Kinder kümmert und dafür den Beruf in der Regel (zumindest eine Zeitlang) aufgibt.

Im Westen mehr Skepsis gegenüber berufstätigen Müttern als im Osten

Diese unterschiedlichen, historisch bedingten Leitbilder spiegeln sich bis heute nicht nur in der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung von jungen Müttern, sondern auch in den Einstellungen wider. So wird in den alten Bundesländern »Hausfrau und Mutter sein« häufiger als gleichwertig zu einer bezahlten Arbeit wahrgenommen als in den neuen Bundesländern (Abbildung 22). Das gleiche Bild zeigt sich, wenn man nach den Folgen einer Müttererwerbstätigkeit für Vorschulkinder fragt (Abbildung 23). Zwei Drittel der befragten Frauen in den neuen Bundesländern sind der Meinung, daß Müttererwerbsarbeit für Vorschulkinder kein Problem darstellt, nur 23 Prozent sind anderer Meinung. In den alten Bundesländern halten sich beide Gruppen die Waage: 43 Prozent sehen in der Erwerbstätigkeit der Mutter eines Vorschulkindes ein Problem, während 44 Prozent vom Gegenteil überzeugt sind.

A 22 | Haushalt und Erwerbstätigkeit (fast) gleichwertig

Antwort »stimme zu / stimme sehr zu« zum Statement: »Sich um Haushalt und Kinder zu kümmern ist genauso befriedigend wie eine bezahlte Arbeit«
 Basis: 20- bis 49jährige Frauen mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



■ stimme (sehr) zu
 ■ weder noch / weiß nicht
 ■ stimme (überhaupt) nicht zu

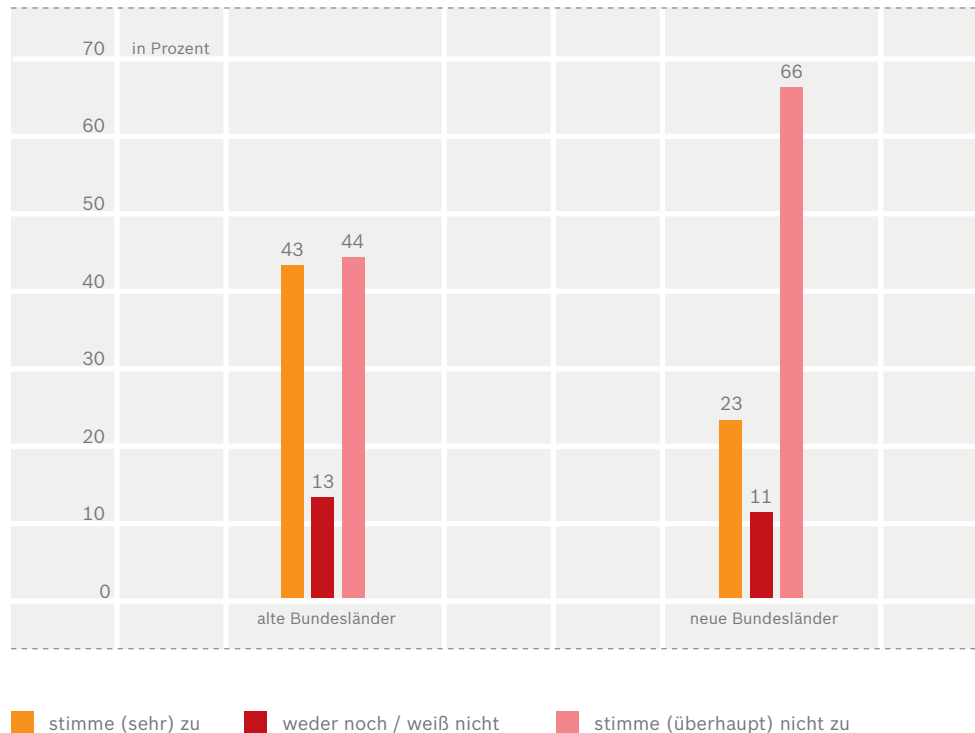
Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Allerdings zeigen sich hinsichtlich des Ansehens der so genannten »Nur-Hausfrau« und der Einstellung gegenüber Müttererwerbstätigkeit nicht nur zwischen den alten und neuen Bundesländern, sondern auch zwischen den Generationen deutliche Unterschiede. So setzt sich in den jüngeren Altersgruppen zunehmend die Meinung durch, daß die Berufstätigkeit einer Mutter sich nicht negativ auf ein Vorschulkind auswirkt. Das »Nur-Hausfrau«-Modell findet denn auch bei den jüngeren Befragten immer weniger Anhänger.

A 23 | Ostdeutsche Frauen: Kinder leiden nicht, wenn Mütter arbeiten gehen

Antwort »stimme zu / stimme sehr zu« zum Statement: »Ein Vorschulkind wird darunter leiden, wenn seine Mutter arbeitet«

Basis: 20- bis 49jährige Frauen mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Diese grundsätzlichen Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Erwerbsbeteiligung junger Mütter finden sich auch in den Erwartungen an die Familienpolitik wieder. So stellen Engelbrech und Jungkunst (2001) in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fest, daß immer mehr Mütter unabhängig vom Alter ihrer Kinder berufstätig sein möchten. Als Voraussetzungen dafür nennen insbesondere die erwerbstätigen ostdeutschen und die überwiegend teilzeitbeschäftigten westdeutschen Mütter deutlich flexiblere Arbeitszeiten (vgl. dazu auch IfD 2004, S. 71ff). Diese Aussagen bestätigt der GGS in der Tendenz.

Große Kluft zwischen gewünschter und tatsächlicher Berufstätigkeit

Andere Untersuchungen zeigen allerdings auch, daß tatsächliche und gewünschte Berufstätigkeit von Müttern insgesamt weit auseinanderklaffen. Etwa zwei Drittel wünschen sich in beiden Teilen Deutschlands eine Teilzeitbeschäftigung. In Ostdeutschland wünschen sich, je nach Alter des Kindes variierend, bis zu 25 Prozent der Eltern einen Vollzeitjob für beide, in Westdeutschland möchte das nur eine Minderheit von weniger als zehn Prozent. Die Realität sieht anders aus, illustriert am Beispiel von Familien, in denen das jüngste Kind unter drei Jahren alt ist: Das am häufigsten vorkommende Modell - ein Elternteil arbeitet Vollzeit, der andere ist nicht erwerbstätig - wird nur selten gewünscht. In Ostdeutschland leben 67 Prozent in dieser Konstellation, es wünschen aber nur vier Prozent; in Westdeutschland ist diese Konstellation sogar für 77 Prozent der Familien Realität, wobei nur 14 Prozent das auch so wollen (Beckmann 2002).

Frauen im Osten wünschen sich noch bessere Kinderbetreuung

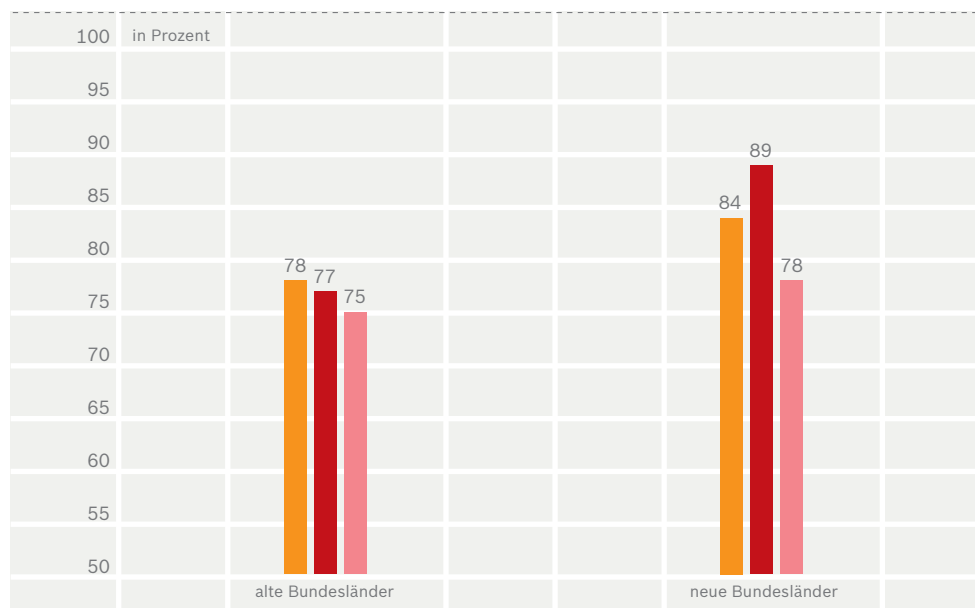
Ein bedeutsamer Unterschied zwischen Ost und West zeigt sich im GGS auch bei der Nachfrage nach Betreuungsangeboten (Abbildung 24). Obwohl die entsprechende Infrastruktur in den neuen Bundesländern noch wesentlich besser ist als in den alten, wünschen sich die ostdeutschen Mütter einen weiteren Ausbau noch dringlicher als die Mütter im Westen. Diese Haltung bestätigt mit Nachdruck den Wunsch nach einer Verbindung von Berufs- und Familienleben, der bei den Frauen in den neuen Bundesländern besonders stark ausgeprägt ist. Entsprechend früh kehren diese Frauen nach einer Geburt in ihren Beruf zurück, während in den alten Bundesländern die Nachfrage nach großzügig bemessenen Elternzeiten weiterhin hoch ist (Statistisches Bundesamt 2004). Für Frauen im Osten sind also optimale Betreuungsangebote schlicht eine Notwendigkeit, um ihren Lebensentwurf verwirklichen zu können. Diese unterschiedlichen Lebensentwürfe muß die Familienpolitik berücksichtigen.

A 24 | Bedarf an Betreuungsangeboten in Ostdeutschland besonders hoch

Zustimmung zum familienpolitischen Maßnahmenbündel »Infrastruktur« (Betreuungsangebote) in Abhängigkeit von Erwerbsstatus und Wohnort

Anteil der Befragten, die das jeweilige Maßnahmenbündel als (sehr) wichtig einstufen

Basis: 20- bis 49jährige Frauen mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren im Haushalt



■ Vollzeit
 ■ Teilzeit
 ■ nicht erwerbstätig

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Zusammenfassung

- :: Der Wunsch nach Unterstützung durch die Familienpolitik ist sehr ausgeprägt.
- :: Am häufigsten und quer durch alle Bevölkerungsgruppen wünschen sich die Befragten flexiblere Arbeitszeiten.
- :: Umfassende Unterstützung für Familien in allen drei Bereichen »Geld - finanzielle Hilfen«, »Zeit - flexiblere Arbeitszeiten« und »Infrastruktur - Kinderbetreuung« wünschen sich:
 - :: Mehr Frauen als Männer
 - :: Mehr Menschen in den neuen Bundesländern als in den alten
 - :: Mehr allein erziehende als gemeinsam erziehende Eltern
- :: Darüber hinaus gibt es keine einzelne Form der familienpolitischen Unterstützung, die für alle paßt:
 - :: Große Familien und geringer Qualifizierte wünschen sich vor allem mehr finanzielle Unterstützung.
 - :: Kinderlose und Ein-Kind-Familien sowie höher Qualifizierte wollen vor allem bessere Betreuungsmöglichkeiten.
 - :: Frauen im Osten wünschen sich noch bessere Kinderbetreuung.
- :: Nach wie vor eine große Herausforderung für die Politik: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- :: Obwohl die meisten Mütter berufstätig bleiben wollen, überwiegt in der Gesellschaft eine skeptische Haltung gegenüber berufstätigen Müttern. Die Skepsis ist im Westen deutlich stärker ausgeprägt als im Osten.
- :: Die Kluft zwischen gewünschter und tatsächlicher Berufstätigkeit ist groß:
 - :: Das traditionelle Einkommens-Modell von Familien, in dem ein Partner erwerbstätig ist und der andere sich um Haushalt und Kinder kümmert, ist für die meisten Familien Realität, wird aber nur selten (in Ostdeutschland am seltensten) gewünscht.
 - :: Etwa zwei Drittel der Eltern wünschen sich, daß ein Partner Teilzeit arbeitet, der andere Vollzeit. Tatsächlich nähern sich die meisten diesem Wunschbild erst an, wenn das jüngste Kind sechs Jahre oder älter ist.

Das Wirkungspotential der Familienpolitik

Die vorliegende Untersuchung belegt, daß der Kinderwunsch in Deutschland zwar recht niedrig ist, aber höher liegt als die tatsächliche Kinderzahl. Darüber hinaus konnte eine ganze Reihe von Gründen benannt werden, die die Erfüllung von Kinderwünschen verhindern, darunter die geringe Wertigkeit von Elternschaft überhaupt sowie die Sorge um Arbeitsplatz und finanzielle Sicherheit. Hier liegen Ansatzpunkte für eine Familienpolitik, die (mögliche) Eltern in der Umsetzung ihrer Kinderwünsche besser unterstützen will.

Wirksamkeit von Familienpolitik wissenschaftlich noch kaum erforscht

Über den Einfluß familienpolitischer Maßnahmen auf das Geburtenniveau streiten die Wissenschaftler. Die Datenlage ist eher dünn: empirische Studien, die das Geburtenverhalten aus der Familienpolitik eines Landes erklären, sind selten und die Ergebnisse dieser Studien uneinheitlich. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung hat Volker Meier (2005) vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München die Auswirkungen verschiedener familienpolitischer Instrumente auf die Geburtenziffer in mehreren Ländern verglichen. Im Mittelpunkt standen Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien; daneben zog er länderübergreifende Untersuchungen und Einzelstudien aus anderen Ländern heran.

Finanzielle Unterstützung kann helfen, Kinderwünsche zu erfüllen

Meier kommt zu dem Ergebnis, daß finanzielle Anreize für Familien das Geburtenniveau erhöhen können, unabhängig davon, ob diese Leistungen als Kindergeld, Erziehungsgeld oder in Form von Kinderfreibeträgen in der Steuererklärung fließen. Dagegen kann sich ein Ausbau umlagefinanzierter Rentensysteme negativ auswirken. Unklar ist, welche Rolle gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten spielen – im internationalen Vergleich zeigten sich positive Effekte (Castles 2003), doch in einzelnen Ländern, darunter auch Deutschland (z.B. Hank, Kreyenfeld & Spieß 2003), ließ sich dieser Zusammenhang nicht feststellen.

Darüberhinaus hängen auch Einkommen und Geburtenniveau zusammen: Steigt das Lohnniveau der Frauen, wirkt sich das meistens negativ aus, steigt das Gesamteinkommen eines Haushalts bzw. des Mannes, steigt tendenziell auch die Zahl der Kinder (vgl. Becker 1991).

Wenig untersucht wurde bisher, welche Höhe finanzielle Leistungen für Familien haben müßten und wann sie gezahlt werden sollten (in den ersten Lebensjahren oder verteilt über die Kinder- und Jugendzeit?), um die gewünschten Wirkungen zu erzielen. Nur vereinzelt wurden solche Berechnungen angestellt: Beispielsweise fanden Gauthier und Hatzius (1997) in ihrer Studie über die OECD-Staaten während der Jahre 1973 bis 1990, daß es einen positiven, wenn auch sehr bescheidenen Zusammenhang zwischen finanziellen familienpolitischen Maßnahmen und der Höhe der

Geburten gab. Ihre Berechnungen zeigen, daß eine Erhöhung der Geldleistungen um 25 Prozent einen Anstieg der Geburtenziffer von 0,07 Kinder je Frau mit sich bringen würde. Meier rechnet modellhaft eine Faustregel von Laroque und Salanié (2005) um, nach der eine Aufstockung des Kindergeldes in Höhe von 10 Prozent der Kinderkosten eine Erhöhung der Geburtenziffer in Deutschland um etwa 0,03 Kinder je Frau bewirken könnte (Meier 2005, S. 25, 36). In einer Studie in den USA zeigten sozialstaatliche Leistungen für Familien allerdings keinen statistisch eindeutigen Einfluß auf die Kinderzahl (Acs 1996).

Mehr als erste Ansätze für die Berechnung der optimalen Höhe von finanziellen Leistungen können aus diesen verschiedenartigen Ergebnissen nicht abgeleitet werden. Eindeutiger scheint die Beziehung zwischen familienpolitischem Impuls, etwa der Einführung einer neuen Unterstützungsleistung, und kurzfristigen Auswirkungen auf die Geburtenziffer zu sein. Diese so genannten Timing- Effekte sind aber nicht nachhaltig, sie erhöhen die endgültige Kinderzahl nicht.

Familienpolitik wirkt nur in Kombination mit unterstützender Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Daß nicht nur familienpolitische, sondern auch sozial- und arbeitsmarktpolitische Konstellationen einen Einfluß auf das Geburtenniveau haben, zeigt der Ländervergleich von Neyer (2005). Demnach sind Chancen für eine höhere Geburtenziffer überall dort gegeben, wo Frauen und Männer sich partnerschaftlich die Betreuungsaufgaben für Kinder teilen, und daß eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen sich besonders dann positiv auf das Geburtenniveau auswirkt, wenn das Einkommen von Mann und Frau etwa gleich hoch ist. Diese Beobachtungen legen es nahe, bei allen familienpolitischen Maßnahmen deren Auswirkungen und Zusammenspiel mit anderen Bereichen wie Arbeitsmarkt, Einkommen und Gleichberechtigung mit zu berücksichtigen.

Aber: Der optimale »Instrumentenmix« ist noch nicht gefunden

Meier gibt allerdings zu bedenken, daß Hinweise darauf, welcher »Instrumentenmix« am wirkungsvollsten ist, »ausgesprochen spärlich« sind. Er faßt zusammen: »Eine wesentliche Lehre der empirischen Literatur ist, daß jegliche Förderung einer bestimmten Kombination aus Kinderzahl und Beschäftigungsstatus einer potentiellen Mutter alle anderen Kombinationen als relativ weniger attraktiv erscheinen lässt.« (Meier 2005, S. 39)

Die Schwierigkeit, eindeutige wissenschaftliche Ergebnisse zur Wirksamkeit der Familienpolitik zu formulieren, ist in erster Linie ein methodisches Problem. So ist die Entscheidung für ein Kind von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig und eben nicht alleine von politischen Rahmenbedingungen. Gerade das deutsche Beispiel zeigt, wie wichtig die allgemeine wirtschaftliche Lage für die Geburtenziffer ist. Der Baby-Boom der 1950er und 1960er Jahre, also der »Wirtschaftswunderzeit«, sowie der Rückgang von Geburten in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung, als dort massenhaft Arbeitsplätze abgebaut wurden, illustrieren diesen Zusammenhang. Ein weiteres Problem der meisten Studien zur Familienpolitik liegt darin, daß sie häufig nur abstrakte Verbindungen zwischen der Höhe und Ausprägung familienpolitischer Leistungen und bestimmten Maßzahlen der Geburtenziffer untersuchen, das tatsächliche Verhalten und die Wünsche und Erwartungen der Menschen dabei aber nicht abbilden.

Ein klareres Bild zeigt sich, wenn man die (potentiellen) Eltern selbst fragt - sich also von der kollektiven Ebene ab- und den einzelnen Personen zuwendet. Eine Bevölkerungsumfrage wie der Generations and Gender Survey (GGS) ermöglicht eine solche Verknüpfung. So lässt sich genauer ableiten, inwieweit sich familienpolitische Maßnahmen bei einzelnen Zielgruppen auf die Entscheidung für oder gegen Kinder auswirken können.

Im GGS wurden die Teilnehmer deshalb gebeten, die Konsequenzen für ihr eigenes Leben einzuschätzen, würden die von ihnen gewünschten familienpolitischen Maßnahmen umgesetzt. Als Grundlage diente die Liste, die bereits in Kapitel 4 ausführlich vorgestellt wurde (vgl. insbesondere Tabelle 2).

Alle Frauen meinen: Familienfreundliche Politik sollte selbstverständlich sein

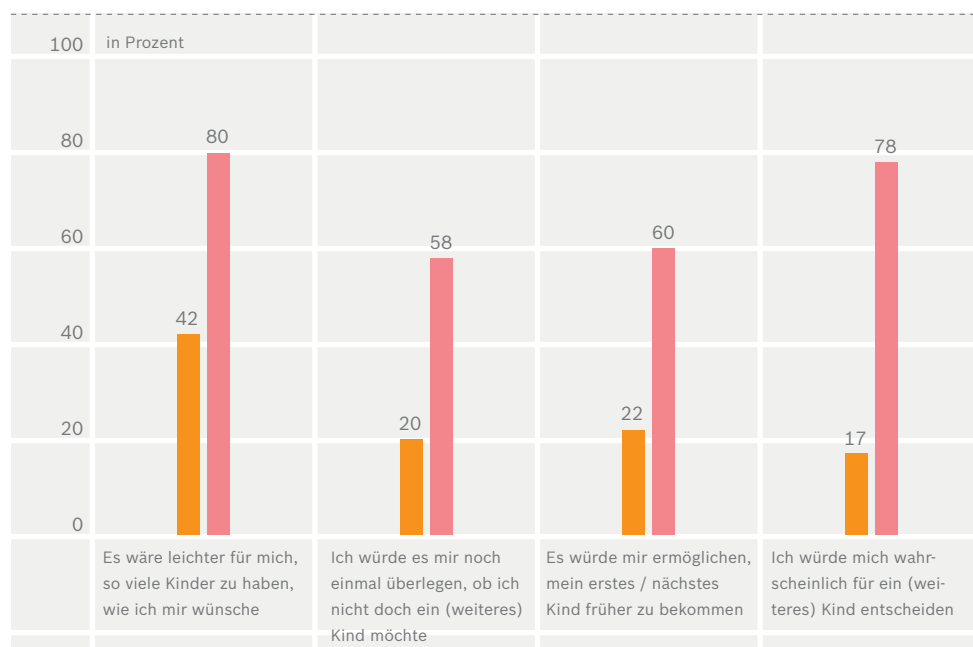
Die befragten Frauen zwischen 20 und 49 Jahren sagen - unabhängig davon, ob sie sich Kinder wünschen oder nicht - fast einstimmig (96 bzw. 93 Prozent), daß die Umsetzung einer möglichst familienfreundlichen Politik eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Bemerkenswert ist, daß diese gesellschaftspolitische Sicht der Dinge offenbar alle Frauen eint, ungeachtet ihrer eigenen Lebensplanung.

Für die Politik erfreulich ist die Einschätzung von 80 Prozent der Frauen mit (weiterem) Kinderwunsch, daß eine Umsetzung der von ihnen bevorzugten familienpolitischen Maßnahmen es für sie leichter machen würde, so viele Kinder zu bekommen, wie sie möchten (Abbildung 25). 78 Prozent würden sich »wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden«, wären die von ihnen bevorzugten Leistungen eingeführt.

A 25 | Veränderte Familienpolitik könnte Erfüllung des Kinderwunsches unterstützen

jeweils »stimme zu / stimme sehr zu« auf die Antwortvorgaben zur Frage: »Wenn die (familienpolitischen) Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben?«

Basis: 20- bis 49jährige Frauen



■ ohne (weiteren) Kinderwunsch ■ mit (weiterem) Kinderwunsch

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Die passende Familienpolitik könnte einen Teil der Kinderlosen umstimmen

Erstaunlich sind die Äußerungen der Frauen, die keinen oder keinen weiteren Kinderwunsch haben. Hier ist die entscheidende Frage, ob die geäußerte Präferenz für Kinderlosigkeit bzw. für kein weiteres Kind offen für eine Revision ist, falls das familienpolitische Angebot stimmt. Von dieser Gruppe von Frauen, die für familienpolitische Maßnahmen eigentlich kaum mehr erreichbar erscheinen, würden 20 Prozent es sich noch einmal überlegen, ob sie nicht doch noch ein (weiteres) Kind haben möchten, und 17 Prozent vermuten sogar, daß sie sich wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden würden. Sicher ist bei der Bewertung dieser Ergebnisse zu berücksichtigen, daß eine Interviewsituation keiner echten Entscheidungssituation entspricht. Es ist zu bezweifeln, daß alle diese Frauen sich im gegebenen Fall tatsächlich ein (weiteres) Kind wünschen würden. Dennoch bleibt festzuhalten, daß eine Entscheidung gegen (weitere) Kinder beeinflußbar scheint.

Wen erreicht eine veränderte Familienpolitik?

Im Folgenden soll überprüft werden, wer durch die Leistungen einer ausgebauten Familienpolitik bei der Verwirklichung seines Kinderwunsches besonders wirkungsvoll unterstützt werden könnte. Betrachtet werden Familiengröße, Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit.

Der Rückgang der Geburtenziffer in Deutschland läßt sich durch die hohe Kinderlosigkeit und die geringer werdende Zahl von Familien mit drei oder mehr Kindern erklären. Die Familienpolitik sollte also die Geburt eines ersten Kindes genauso fördern wie die Geburt von Geschwisterkindern. Die Konzentration auf Leistungen für ein erstes Kind - in der Hoffnung, daß danach weitere Kinder quasi automatisch folgen - ist nicht erfolgversprechend. Stattdessen müssen Familien in ihren unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Lebensphasen gleichermaßen unterstützt werden.

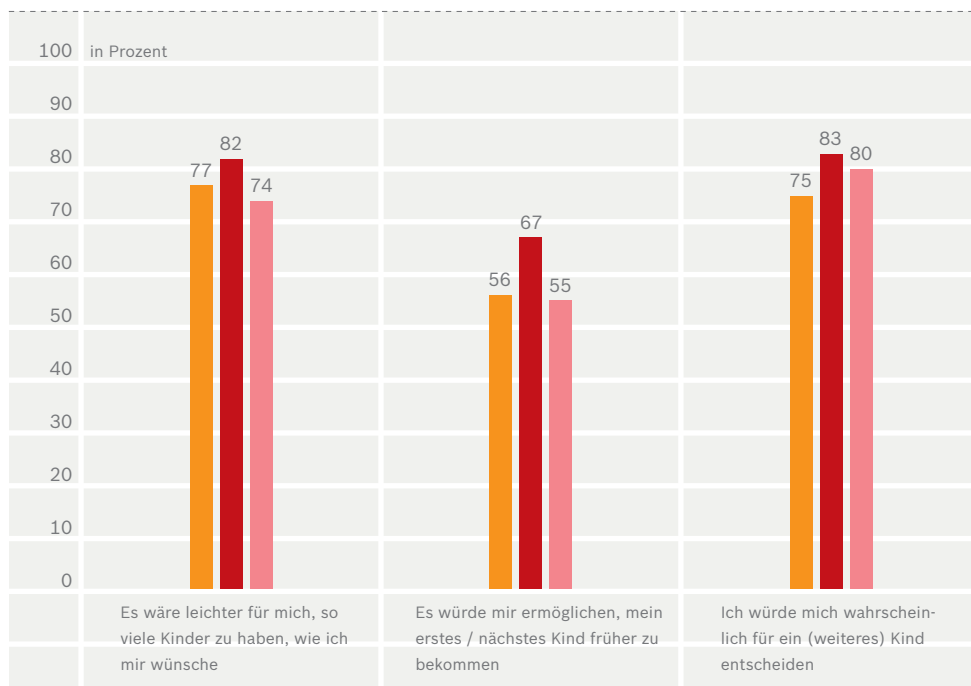
Familien mit einem Kind besonders empfänglich für Unterstützung

Abbildung 26 zeigt deutlich, daß gerade Eltern mit einem Kind positiv auf familienfördernde Leistungen reagieren würden. Wenn die Maßnahmen realisiert würden, die sie sich besonders wünschen, würden sich 67 Prozent (und damit deutlich mehr als Kinderlose bzw. Familien mit zwei und mehr Kindern) für das Vorziehen der Geburt des nächsten Kindes entscheiden. Insgesamt sehen sie in der Familienpolitik die größte Unterstützung und würden sich bei entsprechenden Veränderungen am ehesten für ein weiteres Kind entscheiden.

A 26 | Möglicher Ausbau der Familienpolitik besonders attraktiv für Ein-Kind-Familien

Jeweils »stimme zu/stimme sehr zu« auf die Antwortvorgaben zur Frage: »Wenn die (familienpolitischen) Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben?«

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft und (weiterem) Kinderwunsch



■ kinderlos ■ 1 Kind ■ 2 und mehr Kinder

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

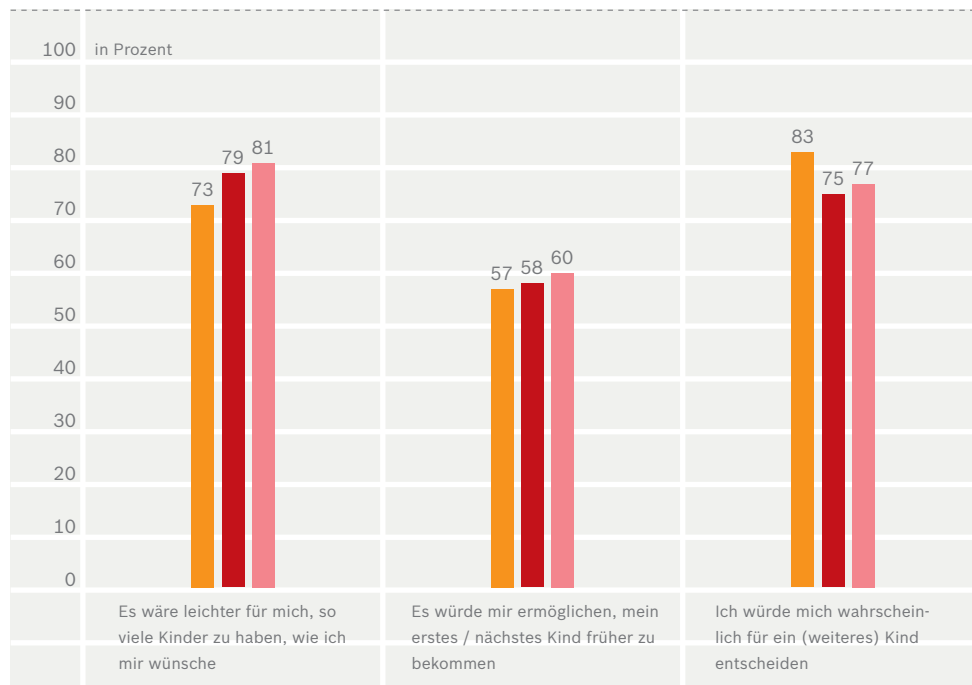
Höher Qualifizierte würden stärkere Unterstützung von Familien besonders begrüßen

Im GGS zeigt sich, daß die Empfänglichkeit für familienpolitische Maßnahmen mit dem (Aus-)Bildungsniveau¹⁰ tendenziell steigt: So äußern 83 Prozent der Personen mit hohem (Aus-)Bildungsniveau, daß die passende Familienpolitik für sie eine Hilfe zur Erfüllung der Kinderwünsche darstellen würde, und 59 Prozent – mehr als in den anderen (Aus-)Bildungsgruppen – würden die Geburt des (nächsten) Kindes vorziehen (Abbildung 27). Gerade hoch qualifizierte Männer und Frauen, die heute weit überdurchschnittlich kinderlos bleiben (vgl. Robert Bosch Stiftung 2005, S. 47ff), ließen sich durch eine in ihrem Sinne ausgestaltete Familienpolitik gut in der Umsetzung ihrer Kinderwünsche unterstützen.

A 27 | Unterstützungspotential der Familienpolitik steigt mit Bildungsniveau

Jeweils »stimme zu / stimme sehr zu« auf die Antwortvorgaben zur Frage: »Wenn die (familienpolitischen) Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben?«

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft und (weiterem) Kinderwunsch



■ niedriges (Aus-)Bildungsniveau ■ mittleres (Aus-)Bildungsniveau ■ hohes (Aus-)Bildungsniveau

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

10 (Aus-) Bildungsniveau: niedrig = kein Abschluß; Hauptschulabschluß und evtl. abgeschlossene Ausbildung, mittel = Realschulabschluß und evtl. abgeschlossene Ausbildung, hoch = (Fach-)Abitur und evtl. abgeschlossene Ausbildung bzw. (Fach-) Hochschulabschluß

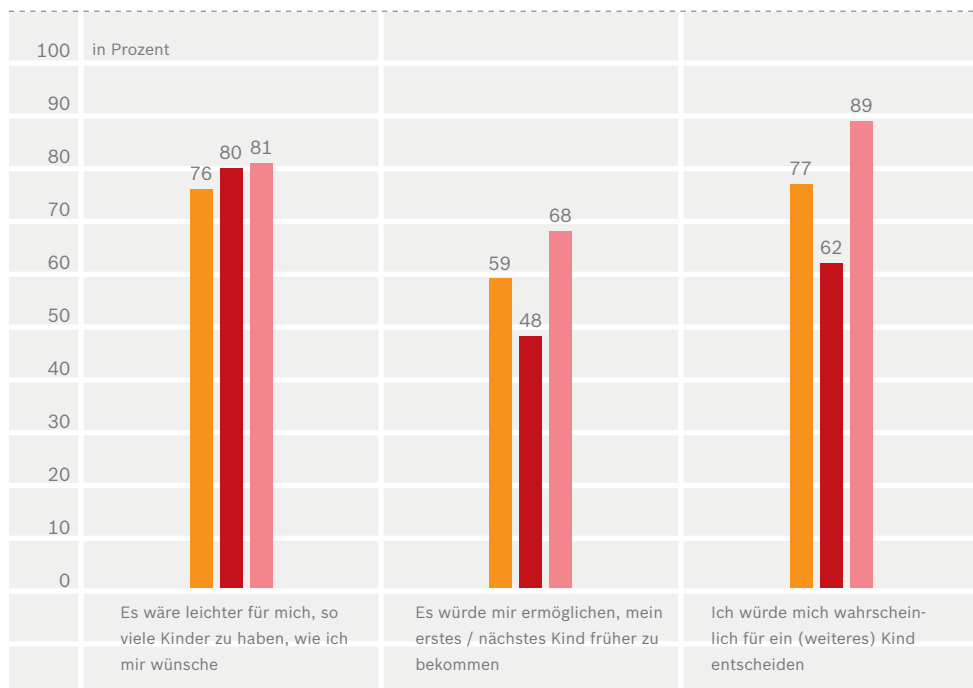
Familienpolitik hat wenig Einflußpotential auf junge Leute in der Ausbildung

Unklar bleibt die Verbindung zwischen der Art der Erwerbstätigkeit und der Empfänglichkeit für familienpolitische Maßnahmen (Abbildung 28). Mit einer Ausnahme: Personen, die noch in der Ausbildung sind, können sich deutlich seltener als die Vergleichsgruppen vorstellen, sich durch stärkere familienpolitische Unterstützung für eine frühere oder zusätzliche Geburt zu entscheiden. Darin liegt ein weiterer Verweis auf die in Deutschland tief verwurzelte Vorstellung einer »sequentiellen Lebensgestaltung«, daß also Ausbildung, Etablieren im Beruf und Familiengründung idealerweise aufeinanderfolgen und nicht etwa gleichzeitig geschehen sollten (vgl. auch Robert Bosch Stiftung 2005, S. 54ff; IfD 2004, S. 18, 20ff; IfD 2005, S. 6ff).

A 28 | Menschen in Ausbildung für Familienpolitik schlecht erreichbar

Jeweils »stimme zu / stimme sehr zu« auf die Antwortvorgaben zur Frage: »Wenn die (familienpolitischen) Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben?«

Basis: 20- bis 49jährige in einer Partnerschaft und (weiterem) Kinderwunsch



■ erwerbstätig
 ■ in Ausbildung
 ■ nicht erwerbstätig

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Einmal mehr zeigen diese Ergebnisse, daß eine effektive Familienpolitik unterschiedliche Lebensentwürfe unterstützen sollte. Das »Was-wäre-wenn«-Szenario hat überdies belegt, daß die Menschen in Deutschland der Problemlösungskompetenz der Familienpolitik vertrauen und sich sogar vorstellen können, ihr Verhalten daran zu orientieren. Daß das nicht notwendigerweise so sein muß, zeigt der Vergleich mit unseren Nachbarstaaten.

Rückhalt für die Familienpolitik ist in Deutschland besonders groß

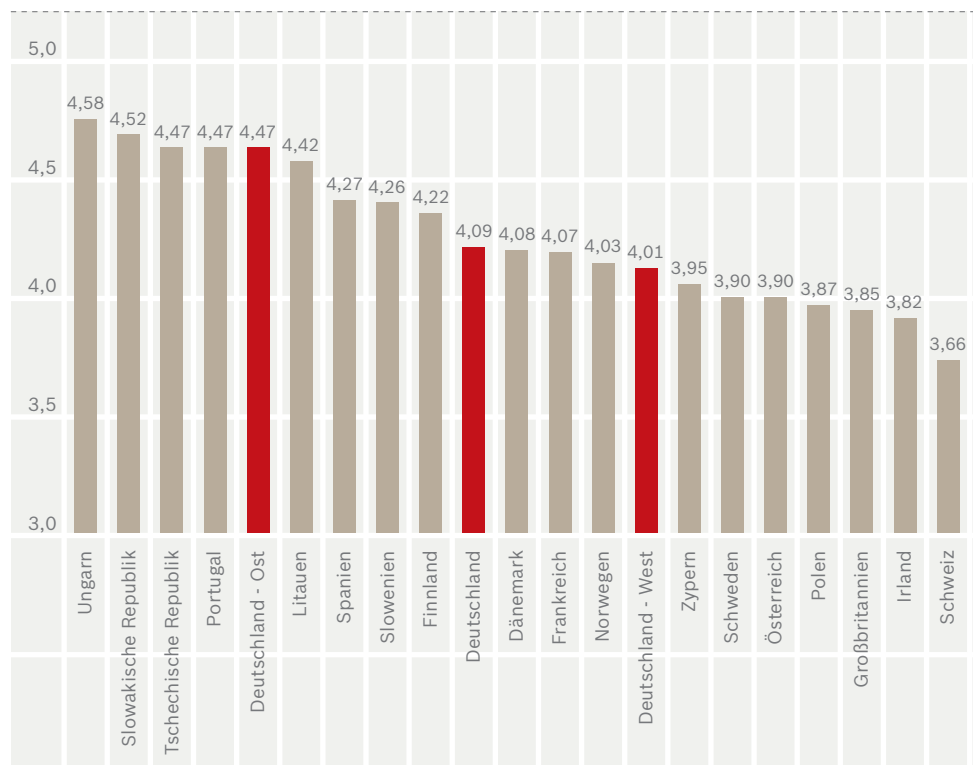
Im Rahmen eines international vergleichenden Umfrageprogramms (ISSP - International Social Survey Programme), das seit Mitte der 1980er Jahre jährlich durchgeführt wird, ging es 1994 und 2002 unter anderem um die Einstellung der Bürger zu familienpolitischen Maßnahmen. Damit wurde indirekt nach der gesellschaftlichen Akzeptanz dieses Politikfeldes gefragt.

Für Deutschland ergibt sich ein erfreuliches Ergebnis: Die Familienpolitik genießt in der gesamten Bevölkerung ein hohes Maß an Unterstützung. Dabei befindet sich Deutschland auf den ersten Blick im Mittelfeld der 19 verglichenen Staaten (Abbildung 29). Allerdings sind es überwiegend osteuropäische Staaten, in denen die Familienpolitik in noch höherem Maße akzeptiert ist. Diese Staaten hatten während der sozialistischen Zeit, ähnlich wie in der DDR, eine umfassend organisierte staatliche Familienpolitik. Daher stammt denn auch die große gesellschaftliche Unterstützung dieses Politikfeldes. Konsequenterweise befinden sich die neuen Bundesländer auf einem ähnlichen Niveau. Die meisten west- und nordeuropäischen Staaten hingegen liegen in der gesellschaftlichen Akzeptanz hinter Deutschland. Selbst Schweden mit seinem international beachteten und hoch gelobten Unterstützungssystem für Familien gehört in die Schlußgruppe.

Offenkundig lassen sich die Ergebnisse nur bedingt mit dem Umfang der Leistungen in den jeweiligen Ländern erklären. So genießt die Familienpolitik auch in einigen Ländern, die in diesem Politikfeld eher zurückhaltend sind, wie etwa Spanien und Portugal, eine hohe Akzeptanz. Und auf der anderen Seite findet sich Schweden, dessen Familienpolitik bei der eigenen Bevölkerung vergleichsweise schlecht abschneidet. Eher geht es um das gesellschaftliche Klima, in dem sich Familienpolitik entfalten kann, sozusagen ihr Image. Die guten Werte in Deutschland lassen den Schluß zu, daß die Bevölkerung auch bereit sein dürfte, weitergehende Leistungen für Familien mitzutragen und Reformvorschläge im internationalen Vergleich stark zu unterstützen.

A 29 | In Deutschland hohe Akzeptanz familienpolitischer Leistungen im europäischen Vergleich (2002)*

Basis: 20- bis 79jährige



Quelle: International Social Survey Programme 2002

*Mittelwert aus der Zustimmung zu zwei Statements, die auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 5 (»stimme voll und ganz zu«) bewertet wurden. Der mögliche Höchstwert in der Abbildung ist demnach 5,0; der niedrigste Wert 1,0 (vgl. auch Lewin-Epstein et al. 2000).

Die beiden Statements lauten: »Berufstätige Frauen sollten bezahlten Mutterschaftsurlaub erhalten.«, »Familien sollten finanzielle Unterstützungen oder Vergünstigungen für die Kinderbetreuung erhalten, wenn beide Elternteile berufstätig sind.«

Darüberhinaus zeigen sich teilweise sehr unterschiedliche Ergebnisse zwischen der Bevölkerung eines Landes insgesamt und der Zielgruppe, die von familienpolitischen Leistungen profitiert. Dieser Unterschied ist beispielsweise in Großbritannien sehr hoch, sehr gering ist er in Schweden und vor allem in Deutschland. Auch wenn die Leistungen der Familienpolitik nur bestimmten Bevölkerungsgruppen zugute kommen, ist ihre Legitimation in diesen Ländern nicht auf ihre Klientel beschränkt. In Großbritannien hingegen ist die Akzeptanz der Familienpolitik in der Bevölkerung relativ niedrig, bei der eigentlichen Zielgruppe aber weit überdurchschnittlich hoch. Dahinter steht vermutlich der Wunsch nach mehr Unterstützung, denn bei vergleichsweise hoher Frauenerwerbstätigkeit und Ganztagschulsystem haben Familien einen hohen Bedarf an ganztägiger Kinderbetreuung und finden

kaum staatliche finanzielle Unterstützung. Dennoch wird es in Großbritannien mit hoher Wahrscheinlichkeit schwieriger sein, gesellschaftliche Kompromisse für einen weiteren Aus- und Umbau der Familienpolitik zu finden, als dies in Schweden oder Deutschland der Fall sein dürfte.

Insgesamt ist die Legitimation von Familienpolitik zwischen 1994 und 2002 in den meisten Staaten gestiegen. Diese Steigerung war wiederum in Großbritannien besonders stark ausgeprägt, zeigte sich aber auch in den meisten anderen Staaten. Das Thema Familie hat in der öffentlichen Diskussion in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, und es scheint, als habe diese größere Sichtbarkeit auch das gesellschaftliche Klima verbessern können. Ob diese Entwicklung auch das Geburtenverhalten beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Eine größere Unterstützung für Familienpolitik durch die Bevölkerung – und damit eine wahrscheinlich hohe Akzeptanz auch für weitergehende Reformen – ist jedenfalls schon erreicht worden.

Zusammenfassung

- :: Der Einfluß der Familienpolitik auf die Geburtenziffer ist bislang begrenzt. Das zeigen die wenigen verfügbaren wissenschaftlichen Untersuchungen. Wenn ein Einfluß gefunden wurde, war die Wirkungsrichtung nicht immer einheitlich.
- :: Gleichwohl räumen die Menschen in Umfragen familienpolitischen Maßnahmen ganz allgemein einen hohen Stellenwert ein.
- :: Ein Ausbau familienpolitischer Leistungen kann geburtenfördernd wirken, denn die meisten Befragten meinen, daß eine ihren Bedürfnissen angepaßte Familienpolitik sie bei der Verwirklichung ihrer Kinderwünsche unterstützen würde.
 - :: Frauen mit (weiterem) Kinderwunsch sind besonders empfänglich für eine stärkere Unterstützung und könnten sich vorstellen, gewünschte Kinder früher als geplant zu bekommen.
 - :: Rund ein Fünftel der Frauen ohne (weiteren) Kinderwunsch ist potentiell für die Familienpolitik noch erreichbar. Diese Frauen zeigen eine gewisse Bereitschaft, sich umstimmen zu lassen.
- :: Besonders empfänglich für Unterstützungsleistungen sind:
 - :: Familien mit einem Kind
 - :: Personen mit (Fach-)Abitur
- :: Kaum erreichbar sind Menschen in Ausbildung.
- :: Generell ist das Image der Familienpolitik im europäischen Vergleich in Deutschland sehr gut.
- :: Das ermöglicht eine optimistische Prognose für die gesellschaftliche Unterstützung eines weiteren Ausbaus der Familienpolitik

Konsequenzen für die Familienpolitik

Seit etlichen Jahren bewegt sich die Geburtenziffer in Deutschland auf einem sehr niedrigen Niveau; im Jahr 2004 lag sie bei 1,37 Kindern je Frau. Ebenfalls unverändert ist seit einiger Zeit die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl von 1,75.

Diese Diskrepanz ließe sich durch eine verbesserte Familienpolitik verringern, zumal die Deutschen den Wert von Ehe und Familie generell hoch und die Zwei-Kind-Familie für ideal halten. Allerdings wirkt sich diese positive Einschätzung nicht unmittelbar auf das Verhalten aus. Denn im europäischen Vergleich ist der Kinderwunsch der Deutschen außerordentlich gering. In keinem anderen Land wollen so viele Menschen kinderlos bleiben: rund ein Viertel der Männer und etwa ein Siebtel der Frauen.

Woran liegt diese Entfremdung gegenüber Kindern? Wie kann die Familienpolitik ihr begegnen? Die vorliegende Studie kommt zu folgenden Empfehlungen:

1) Eine nachhaltige Familienpolitik muß den Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern stärker in staatlichen Leistungen und Programmen verankern.

Die Befragung hat verdeutlicht, daß noch immer Frauen die größten Einschränkungen durch Kinder erwarten. Dies betrifft Beschäftigungschancen genauso wie finanzielle Unabhängigkeit und individuelle Selbstbestimmung. Hinzu kommen besonders in Westdeutschland verbreitete Vorbehalte gegenüber berufstätigen Müttern von kleinen Kindern. Das trägt vermutlich dazu bei, daß die Kluft zwischen gewünschter und tatsächlicher Erwerbstätigkeit bei den Müttern in Deutschland sehr groß ist. Die Entscheidung gegen Kinder ist somit Ergebnis des Abwägens zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen, die sich insbesondere für Frauen nur schwer verbinden lassen: Kinder und Beruf zu vereinbaren oder als Mutter finanziell unabhängig zu bleiben, ist in Deutschland immer noch Ergebnis glücklicher, individueller Konstellationen und nicht einer systematischen politischen Unterstützung. Die Entscheidungssituation läuft besonders für Frauen auf ein Entweder-Oder hinaus und führt häufig zu einem Verzicht auf Kinder. Eine nachhaltige Familienpolitik muß hier ansetzen und Frauen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Notwendig sind dafür:

:: der Ausbau von ganztägiger Kinderbetreuung, mehr Krippen- und Hortplätze und die Einführung der Ganztagschule.

:: Maßnahmen, die die Männer stärker in die Erziehungsarbeit einbeziehen.

Hier ist z.B. das schwedische Modell der Elternzeit ein gutes Vorbild. In Schweden muß ein Teil der Elternzeit vom Vater genommen werden – oder er verfällt. Dieses Modell einzuführen, wie es der Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 vor-

sieht, ist ein wichtiges Signal. Zwar wird auch in Schweden die Elternzeit noch immer überwiegend von Frauen genommen, der Anteil der Männer ist aber deutlich höher als in Deutschland.

International vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, daß sich mehr Gleichberechtigung – auch im Hinblick auf die Beteiligung an der Kindererziehung – und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern positiv auf das Geburtenniveau auswirken (Neyer 2005). Die Daten stützen diese These.

2) Eine nachhaltige Familienpolitik muß so flexibel gestaltet werden, daß sie Familien mit unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht wird.

Verschiedene Zielgruppen formulieren jeweils spezifische Erwartungen:

- :: So steigt die Nachfrage nach finanziellen Transferleistungen mit der Zahl der bereits vorhandenen Kinder im Haushalt, und sie sinkt mit höherem Bildungs- und Ausbildungsabschluß.
- :: Einen hohen Bedarf an Betreuungsangeboten formulieren vor allem Frauen ohne Kinder (als Bedingung für ein Kind), Mütter mit einem Kind und Höhergebildete, während mit steigender Kinderzahl das außerhäusliche Betreuungsangebot als weniger wichtig eingestuft wird.
- :: Für Frauen in Ostdeutschland und für erwerbstätige Frauen sind Betreuungseinrichtungen ebenfalls besonders wichtig.
- :: Alleinerziehende haben in allen Bereichen einen großen Bedarf an Unterstützung.

Ein gutes Beispiel für eine solche familienpolitische Maßnahme ist die seit dem Jahr 1996 bestehende Elternzeit (bis 2001: Erziehungsurlaub). Sie ermöglicht zum einen traditionellere Lebensentwürfe, bei denen der Vater oder – meistens – die Mutter nach der Geburt des Kindes eine zeitlang die Betreuung übernimmt und die Berufstätigkeit (zumindest vorübergehend) aufgibt. Andererseits unterstützt sie auch Eltern, die im Rahmen flexiblerer Arbeitsverhältnisse schon bald nach der Geburt des Kindes wieder beide erwerbstätig sein wollen.

3) Eine nachhaltige Familienpolitik muß sich für verbesserte Zeitoptionen einsetzen. Dazu gehören:

- :: Flexible Arbeitszeiten. Sie stehen ganz oben auf der familienpolitischen Wunschliste aller Befragten. Das schließt mehr und bessere Möglichkeiten der Teilzeitarbeit ein. Ganztägige Öffnungszeiten von Krippen, Kindergärten und Horten ermöglichen ein besseres Zeitmanagement. Auch Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten stärker motiviert werden, familienfreundliche Bedingungen zu schaffen. Die verschiedenen Möglichkeiten familienfreundlicher Arbeitszeitmuster beschreiben Rürup und Gruescu (2005, S. 44; vgl. auch S. 24). Sie stellen fest, daß die Einführung solcher Arbeitszeitmodelle nicht nur Familien zugute käme, sondern auch einen

gesamtwirtschaftlichen Nutzen hätte, da mehr Menschen erwerbstätig würden.

Rürup und Gruescu empfehlen u.a.:

- :: Chronologische Arbeitszeitmuster, die die Möglichkeit eröffnen, die zu leistende Arbeitsstundenzahl flexibel über den Tag oder die Woche zu verteilen. Ein besonderer Vorteil liegt dabei in der unveränderten Höhe des Einkommens.
- :: Chronometrische Arbeitszeitmuster, in denen die zu leistenden Arbeitsstunden reduziert werden. »Große« (d.h. mit hoher Stundenzahl ausgestattete) Teilzeitjobs gehören dazu. Rürup und Gruescu plädieren für eine Ausweitung dieser Möglichkeiten.
- :: Die Verwaltung der Arbeitsstunden durch Arbeitszeitkonten (ebd.).

:: Entzerrung der »rush hour« des Lebens. Die »rush hour« (Bertram et al. 2005) oder der »Lebensstau« (Robert Bosch Stiftung 2005) benennen die Phase, in der die Ausbildung beendet wird, die Etablierung im Beruf zu leisten ist und idealerweise eine Familie gegründet wird. In diesen fünf bis acht Jahren (vgl. auch IfD 2004, S. 16), die etwa zwischen Mitte zwanzig und Anfang dreißig liegen, werden die Weichen für das weitere Leben gestellt. Der eingeschlagene Berufsweg und damit die materielle Lebensgrundlage lassen sich später kaum noch verändern. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit konzentrieren sich die jungen Leute auf ihren Beruf, so daß für Partnersuche und Familiengründung oft wenig Zeit bleibt. Manchmal wird der richtige Partner gar nicht mehr gefunden – zentraler Grund für Kinderlosigkeit –, oder die Familiengründung geschieht so spät, daß altersbedingt nicht mehr alle Kinderwünsche erfüllt werden können. Starre Ausbildungsmuster und -zeiten tragen zur Verfestigung des Musters bei (Bertram et al. 2005, S. 45ff). Dazu kommt eine anhaltende Orientierung der Deutschen an einer »Modellsituation«, die sich auch im GGS zeigt. Demzufolge sollte an Familiengründung erst dann gedacht werden, wenn man eine stabile Beziehung zu einem Lebenspartner und mindestens ein (potentieller) Elternteil einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die Familienpolitik kann beitragen, den Lebensstau zu entzerren, indem sie z.B.:

- :: spezielle Unterstützungsprogramme für junge Eltern auflegt,
- :: sich für eine Flexibilisierung von Aus- und Weiterbildungszeiten einsetzt,
- :: die anderen empfohlenen Maßnahmen, insbesondere die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, auch im Lichte der Entzerrung des Lebensstaus ausgestaltet (ebd.).

Daß auch kleinere Veränderungen große Erleichterungen für berufstätige Eltern bringen können, zeigen die bundesweit 250 »Lokalen Bündnisse für Familien«. Sie bringen Unternehmen, Elternvertreter, Verbände, Schulen, Kindergärten und andere gesellschaftliche Institutionen zusammen und verhandeln vor Ort über Eltern- und kinderfreundliche Maßnahmen.

Die Kombination dieser Maßnahmen eröffnet unseres Erachtens gute Chancen, mittelfristig wieder eine höhere Geburtenziffer in Deutschland zu erreichen. Die Ergebnisse des Generations and Gender Survey sind ermutigend, denn hierzulande genießt Familienpolitik bei Eltern wie Kinderlosen eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Ein weiterer Ausbau dürfte daher große Unterstützung finden.

Allerdings wurde auch deutlich, daß es der Familienpolitik alleine nicht gelingen wird, eine wesentliche Änderung des Geburtenniveaus zu erreichen. Kinder haben nach Meinung der Befragten nur noch relativ wenig Bedeutung für ein erfülltes Leben. Obwohl Ehe und Familie als abstrakte Werte hochgehalten werden, haben die Menschen kaum das Gefühl, daß (weitere) Kinder ihr eigenes Ansehen bei Freunden und Nachbarn erhöhen würden – im Gegenteil: Ein Fünftel der Eltern von drei oder mehr Kindern meint, daß ein weiteres Kind ihr Ansehen mindern würde.

Ernüchternd sind zudem die Erwartungen der meisten Menschen, wenn es um die Auswirkungen der Geburt eines (weiteren) Kindes auf ihr eigenes Leben geht: Es überwiegt Indifferenz, nach Meinung der Mehrheit würde sich wahrscheinlich gar nichts zum Besseren verändern. Kaum einer der Befragten rechnet mit einer deutlichen Zunahme der eigenen Lebensfreude durch ein (weiteres) Kind oder mit positiven Auswirkungen auf die Partnerschaft. Dagegen erwartet die Mehrheit durch (weitere) Kinder große Einschränkungen ihrer finanziellen Situation und persönlichen Freiheit. Kinder werden ganz offenkundig in der allgemeinen Wahrnehmung eher mit Belastungen denn mit einer Bereicherung des Lebens verbunden. Bei den Kinderlosen gibt es zwar wichtige Ausnahmen, festzuhalten bleibt aber: Eine Antwort auf die Frage, warum wir uns eigentlich Kinder wünschen, fällt immer schwerer.

Diese tiefer liegenden Ursachen der niedrigen Geburtenziffern lassen sich allein durch eine veränderte Familienpolitik kaum beeinflussen. Die Kommission »Familie und demographischer Wandel« formuliert es so: »Die vermutlich schwierigste Aufgabe besteht darin, die Grundhaltung einer kinderentwöhnten Gesellschaft langsam zu verändern.« (Robert Bosch Stiftung 2005, S. 31). Auch wenn die Politik solche Prozesse nicht allein bewirken kann, eröffnen sich doch neben der Familienpolitik weitere wichtige Handlungsfelder: Auch Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik können dazu beitragen, in der Gesellschaft wieder mehr Rückhalt für Familien und Kinder aufzubauen. Alle genannten Politikbereiche müßten eng miteinander kooperieren. Die zahlreichen, Familien betreffenden Einzelregelungen sollten vereinheitlicht, Widersprüche aufgelöst werden. Grundsätzlich sollten alle politischen Maßnahmen auf ihre Familienfreundlichkeit überprüft werden.

Wenn auf diese Weise kontinuierlich über einen längeren Zeitraum und eingebettet in den politischen Alltag die gesellschaftliche Anerkennung für Elternschaft und

Familie sichtbar gemacht wird, werden positive Wirkungen nicht ausbleiben. Der Wunsch nach Kindern und Familie wäre leichter zu verwirklichen, und zunächst gewollte Kinderlosigkeit ließe sich eher revidieren. Erst dann können sich die Menschen ihrem individuellen Lebensentwurf folgend wirklich frei für oder gegen Kinder entscheiden.

Der Generations and Gender Survey (GGG - Generationenbeziehungen und Geschlechterrollen) ist eine international vergleichende und interdisziplinäre Bevölkerungsumfrage. Sie fand in Deutschland erstmals im Jahr 2005 statt und soll im Abstand von jeweils drei Jahren noch zweimal durchgeführt werden. Ihr Gegenstand sind Familienbeziehungen, insbesondere die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sowie zwischen den Partnern. Daneben werden Themenbereiche wie Haushaltsorganisation, Kinderwunsch, Gesundheit, Erwerbsleben sowie individuelle Orientierungen und Werthaltungen erhoben. Die Befragung gibt Aufschlüsse über Gründe und Hindernisse bei der Realisierung des Kinderwunsches, den Wandel und die Stabilität von Partnerbeziehungen, über die Formen des Transfers von Leistungen zwischen den Generationen und über Geschlechterbeziehungen.

Der GGS ist Teil des »Generations and Gender Programme« (GGP), das von der UN-ECE, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, in Genf koordiniert wird. Nach vorbereitenden Konferenzen im Juni 2000 und im September 2001 wurde unter Beteiligung der nationalen Bevölkerungsforschungsinstitute, der Statistischen Ämter und weiterer Forschungsinstitute, darunter das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock, ein gemeinsamer Fragebogen entwickelt. In Ungarn, Japan, Rußland, Bulgarien, Frankreich, Italien, der Tschechischen Republik, Estland und Australien wurde der GGS bereits 2004 oder 2005 erhoben, in der Türkei, Norwegen, Belgien und Litauen wird die Befragung derzeit vorbereitet.

Die Befragung in Deutschland wurde im Zeitraum vom Februar bis Mai 2005 von TNS Infratest (München) durchgeführt. Realisiert werden konnten 10 017 auswertbare Interviews, davon 7 760 in den alten und 2 257 in den neuen Bundesländern. Zielgruppe waren die 18- bis 79jährigen Deutschen beiderlei Geschlechts in Privathaushalten. In den Altersstufen von 20 bis 49 Jahren wurden insgesamt 5 505 Personen befragt.

Literaturverzeichnis

Acs, Gregory, 1996: The impact of welfare on young mothers' subsequent childbearing decisions. In: *The Journal of Human Resources* 31, 4: 898-915

Becker, Gary P., 1991: *A Treatise on the Family*. Enl. ed. Cambridge, Mass.: Harvard University Press

Beckmann, Petra, 2002: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Frauen mit Kindern liegen immer noch weit auseinander. IAB Werkstattbericht Nr. 12. Nürnberg: IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

Bertram, Hans; Rösler, Wiebke & Ehlert, Nancy, 2005: Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bomsdorf, Eckart, 2005: Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bongaarts, John, 2001: Fertility and Reproductive Preferences in Post-Transitional Societies. In: *Population and Development Review* 27, Supplement: 260-281

BiB - Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung & Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), 2005: *The Demographic Future of Europe - Facts, Figures, Policies*. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (DIALOG-PPAS). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Familienorientierte Arbeitszeitmuster - Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ 2005.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft, 2005

Castles, Francis G., 2003: The World Turned Upside Down: Below Replacement Fertility, Changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries. In: *Journal of European Social Policy* 13, 3: 209-227

Dorbritz, Jürgen, 2005: Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa - Daten, Trends und Einstellungen. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 30 (4)

Dorbritz, Jürgen; Lengerer, Andrea & Ruckdeschel, Kerstin, 2005: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Problemen. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Studie in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt

Dorbritz, Jürgen & Schwarz, Karl, 1996: Kinderlosigkeit in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 3: 231-261

Duschek, Klaus-Jürgen & Wirth, Heike, 2005: Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik, 8: 800 - 820

Engelbrech, Gerhard & Jungkunst, Maria, 2001: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? In: IAB Kurzbericht, 7: 1-4. Nürnberg: IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

forsa [http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/forsa_umfrage.property=pdf.pdf vom 10.08.2005]

Gauthier, Anne H. & Hatzius, Jan, 1997: Family Policy and Fertility: An econometric analysis. In: Population Studies 51: 295-306

Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela & Spieß, C. Katharina, 2003: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. Diskussionspapiere 331. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Hartmann, Kerstin, 1997: Die Beurteilung der gegenwärtigen Familienpolitik. In: Dorbritz, Jürgen & Fux, Beat (Hrsg.) Einstellungen zur Familienpolitik in Europa: Ergebnisse eines vergleichenden Surveys in den Ländern des »European Comparative Survey on Population Policy Acceptance (PPA)«, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 24. München: Boldt, 110-125

Hoffman, Lois W. & Hoffman, Martin L., 1973: The Value of Children to Parents. In: Fawcett, James T. (Hrsg.), Psychological Perspectives on population. New York: Basic Books, 19-76

Inglehart, Ronald et al. (Hrsg.), 2004: Human Beliefs and Values. A cross-cultural sourcebook based on the 1999-2002 values surveys. Mexiko: siglo veintiuno editores

IfD-Institut für Demoskopie Allensbach, 2004: Einflußfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung: Institut für Demoskopie Allensbach

- Laroque, Guy & Salanié, Bernard, 2005: Does Fertility Respond to Financial Incentives?, CEPR Discussion Paper Nr. 5007, London
- Lewin-Epstein, Noah; Stier, Haya; Braun, Michael & Langfeldt, Bettina, 2000: Family Policy and Public Attitudes in Germany and Israel. In: *European Sociological Review* 16, 4: 385-401
- Meier, Volker, 2005: Auswirkungen familienpolitischer Instrumente auf die Fertilität: Internationaler Vergleich für ausgewählte Länder. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. München: ifo Institut für Wirtschaftsforschung
- Nauck, Bernhard, 1989: Individualistische Erklärungsansätze in der Familienforschung: Die rational-choice-Basis von Familienökonomie, Ressourcen- und Austauschtheorien. In: Nave-Herz, Rosemarie & Markefka, Manfred (Hrsg.) *Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung*. Neuwied, Frankfurt a.M.: Luchterhand, 45-61
- Neyer, Gerda, 2005: Family Policies in Europe. Fertility Policies at the intersection of gender policies, employment policies and care policies. Paper prepared for the European Population Day, June 21; IUSSP Tours, France
- Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), 2005: *Starke Familie. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel« im Auftrag der Robert Bosch Stiftung* (Kurt Biedenkopf, Hans Bertram, Margot Käßmann, Paul Kirchhof, Elisabeth Niejahr, Hans-Werner Sinn, Frans Willekens). Stuttgart: Robert Bosch Stiftung
- Ruckdeschel, Kerstin, 2004: Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29: 363-386
- Rürup, Bert & Gruescu, Sandra, 2003: *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Schneider, Norbert F., 1999: Gewollt kinderlose Ehepaare. In: *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Wissenschaftliche Grundlagen Teil 3 - Familienplanung*. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Statistisches Bundesamt, 2003: Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt, 2004: Aktualisierte Tabellen zum Datenreport »Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik« - Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2003.

Vaskovics, Laszlo A. & Mühling, Tanja, 2003: Wertschätzung der Aufgaben und Leistungen von Familien und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen. Materialien 4/2003. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg

Herausgegeben von der
Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de/demographischer_wandel

Autoren

Prof. Dr. Charlotte Höhn
Direktorin
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Andreas Ette
Mitarbeiter
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Kerstin Ruckdeschel
Mitarbeiterin
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Bearbeitung

Dr. Friederike Grothe
Grothe Medienberatung, Bonn

Redaktion

Dr. Andrej Heinke
Projektleiter »Familie und demographischer Wandel«
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Gestaltung

Identity, Stuttgart

Druck

Steinkopf Druck, Stuttgart

Copyright 2006

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-922934-99-4

